

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.).
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Defendendorferhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die englische Arbeiterbewegung. — Ein neues antisemitisches Buch über Arbeit und Kultur. — Politische Umschau. — Erlebte Lohnbewegungen. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Differenzen. Die Lage in Wien. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bericht. Auszug aus dem Protokoll des Einigungsamtes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau. — Aus anderen Vereinen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Politik und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingeg. Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton.

Die englische Arbeiterbewegung.

I.

Zwei Erscheinungen sind es, die das Interesse an der englischen Arbeiterbewegung in der neueren Zeit wieder lebhafter werden lassen. Nämlich der Eintritt einer großen selbständigen Arbeiterpartei in die offizielle Politik Englands und die stagnierende, um nicht zu sagen rückläufige Entwicklung der Gewerkschaften der Trades-Unions. Es kann keinen Zweifel darüber geben: das zeitliche Zusammentreffen beider Erscheinungen kommt nicht von ungefähr, beide stehen in einem gewissen Zusammenhang, der sich freilich nicht in wenigen Worten darlegen läßt. Es ist dazu nötig, auf einige Züge aus der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zurückzugreifen.

Fast bis zum Ende der achtziger Jahre waren die englischen Gewerkschaften nichts weniger als Organisationen des Klassenkampfes. Abgesehen aller Staatshilfe, standen sie auf dem Boden des reinen Mandatcharakters. „Aus kapitalistischem Geiste waren sie geboren, mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wollten sie leben und sofalls mit ihm sterben. Stieg der Profit, so sollte ihnen ein Anteil zufließen, sank er, so wollten sie mit dem Unternehmer notleiden“, sagt Sombart sehr treffend in seinem bedeutsamen Werke „Sozialismus und soziale Bewegung“. Bei dieser Tendenz konnten sie für den Sozialismus nichts übrig haben; und sie hatten es auch nicht. Alle Versuche, sie für die sozialistischen Ideen zu gewinnen, scheiterten an dieser Tatsache. Auch die im Jahre 1881 gegründete „Sozialdemokratische Föderation“ und ebenso die zwei Jahre später ins Leben getretene Gesellschaft der Fabier vermochten es nicht, den Sozialismus in Gewerkschaftskreisen populär zu machen. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob es gelungen wäre, wenn diese Körperlichkeiten weniger doktrinär gewesen wären. Die Monopolstellung der englischen Industrie machte die Forderungen der Gewerkschaften für die Unternehmer wenig gefährlich, kaum unangenehm. Dadurch kam es, daß sich die Gewerkschaften der Sympathie aller bürgerlichen Kreise erfreuten. Diese sowie Regierung und Verwaltung einigten ihnen die Wege, soweit es ihre Interesse zuließ. Die Lage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war also wohl dazu angetan, ihnen den Kapitalismus erträglich erscheinen zu lassen. Woher also nur der Umschwung in der Haltung der englischen Arbeiterbewegung?

Zunächst waren damals Gewerksvereine und Arbeiterschaft auch in England ebensoviele oder noch weniger gleichgewichtige, als sie es heute sind. Die Gewerkschaften umfaßten fast nur die qualifizierten Arbeiter, während das Gros der ungelerten Arbeiter außerhalb jeglicher Organisation stand und infolgedessen an den Errungenschaften der Trades-Unions keinen Anteil hatte. Ende der achtziger Jahre aber begannen sich diese Arbeitermassen zu regen, sich zu organisieren. Unter der Leitung von Tom Mann, Rev. Garbis und John Burns, dem jetzigen Minister, rangen sich diese, bis dahin für unorganisiert gehaltenen Arbeitermassen an die Oberfläche. Sie schufen einen neuen Gewerkschaftstyp, den „New Unionism“, mit unverkennbarem sozialistischem Einschlag. Diesen Massen gegenüber versagte schon das „Wohltun“ der Unternehmer; es setzte schwere und hitzige Kämpfe, von denen der Streik der Londoner Dockarbeiter wohl der bekannteste, weil der bedeutendste, geworden ist. Mit diesem

„New Unionism“ kam ein neues vorwärts treibendes Element in das englische Gewerkschaftswesen, das sich nun, wenn auch langsam, so doch aber stetig in der Richtung zu einer auch politisch selbständigen Arbeiterbewegung fortentwickelte. Die ganzen Jahre zeigen Spuren des Kampfes zwischen den alten, auf die liberale Theorie und Praxis schwelgenden, und den jungen sozialistisch denkenden Gewerkschaftsführern. Das Vordringen der letzteren läßt sich von Stufe zu Stufe verfolgen. Im Jahre 1890 erklärte sich der Gewerkschaftsfongress zu Liverpool für den gesetzlichen Achtstundentag — die Abweisung gegen die „Staatshilfe“ war überwunden! Der Kongress zu Norwich im Jahre 1894 erklärte sich schon für die Verstaatlichung aller Produktionsmittel! Auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Zürich waren die Trades-Unions offiziell vertreten!

Jedoch war diese Entwicklung nicht nur das Werk des „New Unionism“, die industrielle Monopolstellung Englands auf den Weltmarkt schwand durch das Wachstum der großen Industrie auf dem Festlande, vornehmlich in Deutschland, mehr und mehr. Und diese Situation erzeugte jene, den Gewerkschaften so feindliche Stimmung in den Kreisen der Kapitalisten, die sich dann natürlich auch auf die Regierung und Verwaltung übertrug. An die Stelle des „friedlichen Ausgleichs“ traten erbitterte Kämpfe (Kampf der Maschinenbauer 1897), an die Stelle der Begünstigung, wenn man den Ausbruch anwenden kann, der Gewerkschaften durch die Regierung, traten Verurteilungen auf Grund sozialistischer Gesetzesauslegungen; die den Gewerkschaften die Grundlage zum Kampfe mit den Unternehmern zu entziehen drohten. Wir erinnern an die Urteile, die die Gewerkschaftskassen für den Schaden haftbar machten, der den Unternehmern durch Streiks erwacht. Hieron ist die Entscheidung des Lord Hale-Streiks durch das Haus der Lords am bedeutungsvollsten. Hier haben wir den Boden, den beide Erscheinungen, die wir am Anfang unserer Darstellung erwähnten, entsprossen sind.

Wir recapitulieren noch einmal zusammenfassend: Durch das Schwanden der Monopolstellung der englischen Industrie verringerte sich die Prostrategie der Unternehmer, die Tätigkeit der Gewerkschaften ward für sie fähbarer und lästiger. Sie gingen an, die Gewerkschaften zu bekämpfen. In diesem Kampfe trat die Regierungsgewalt auf ihre Seite, indem sie durch die erwähnten Urteile die Gewerkschaften bedrohte.

Es kann keine Frage sein, daß die Situation für die Trades-Unions geradezu unhaltbar wurde. Durch die Urteile waren sie in ihrer Aktionskraft ganz bedeutend geschwächt, ihr Ansehen sank. Die Gläubigen unter den Arbeitern, denen die Gewerksvereine bis dahin als der Weisheit letzter Schluß gegolten hatten, erkannten ihre Ohnmacht der neuen Situation gegenüber. Die Werbekraft der Gewerkschaften war dahin. So erklärt es sich, daß ihre Mitgliederzahl seit 1901 einen zwar geringen aber doch regelmäßigen Verlust erlitten hat. Im Jahre 1901 betrug diese insgesamt (nach den Angaben des englischen Arbeitsamtes, wiedergegeben im Reichs-Arbeitsblatt, Jahrgang 1906, Heft 3) 1.940.874. Drei Jahre später, am Schlusse des Jahres 1904 dagegen 1.866.766. Das ist eine Abnahme von 74.119, ungefähr 4 pSt. Die Abnahme ist also nicht besonders groß, aber immerhin zu groß, um ihr jede Bedeutung abzusprechen. Nach dem Vorhergesagten erklärt sie sich ja auch sehr leicht. Wie jede ernsthafteste Massenbewegung, bedarf auch die Gewerkschaftsbewegung eines realen Fundaments, des materiellen Interesses, zu ihrem Fortbestande. Da das reale Fundament der englischen Gewerkschaften, die Vertretung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder, durch die erwähnte Rechtsprechung so arg gefährdet war, so war es nur zu natürlich, daß dadurch ihre Entwicklung ungünstig beeinflusst wurde.

Folgende Tabelle veranschaulicht die rückläufige Entwicklung deutlich genug. Von den einzelnen Berufsgruppen führen wir

die Gruppe unserer Berufscollegen, der Bauarbeiter besonders an, die gleichfalls einen erheblichen Anteil an dem Mitgliederverlust hat. Gegen das Jahr 1900, wo ihre Organisation den Höhepunkt erreicht hatte, haben sie 28.481 Mitglieder verloren, während es seit 1901, dem Höhepunkt der Gesamtheit aller Gewerksvereine, 24.026 sind. Mit dem Gesamtverlust partizipieren sie also mit ungefähr 32 pSt., während ihre Mitgliederzahl nur 12 pSt. der Gesamtmitgliederzahl beträgt. Die Bauarbeiterorganisationen haben also besonders stark gelitten.

Jahr	Mitglieder aller Gewerksvereine	Davon entfallen auf das Baugewerbe
1895	1415846	180519
1896	1508739	193643
1897	1624035	215882
1898	1661860	232778
1899	1821666	250654
1900	1928894	253962
1901	1940874	249507
1902	1926617	245649
1903	1904580	238445
1904	1866765	225481

Von der Gesamtmitgliederzahl entfallen auf die verschiedenen Berufsgruppen: Bergbau usw. 501.248, Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie 385.908, Textilindustrie 221.694, Bekleidungsindustrie 58.525, Transportgewerbe 154.206 und andere Gewerksvereine 369.693.

Außer der Verminderung ihrer Mitgliederzahl tritt weiter hervor die Steigerung ihrer Ausgaben für Unterstützungszwecke. Hierüber gibt die Statistik über die Finanzgebarung der 100 größten Gewerkschaften recht deutlichen Aufschluß. Die 100 größten Gewerksvereine hatten:

Jahr	Mitglieder am Jahresanfang	Einnahme	Ausgabe	Reinvermögen am Jahresanfang
1895	907496	1641502	1277352	1711733
1896	957010	1654130	1216391	2149472
1897	1056617	1978942	1903239	2220175
1898	1081297	1901111	1485228	2636058
1899	1107724	1828049	1255198	3208099
1900	1149937	1937041	1452096	3693864
1901	1155133	2031075	1681613	4093316
1902	1152894	2077640	1790975	4379981
1903	1139559	2086529	1905585	4560925
1904	1127529	2097470	2042165	4616230

* A = Pfund Sterling = M. 20.

Von den Gesamtausgaben entfallen im Jahre 1904 auf Streitunterstützung 6,2 pSt., auf Arbeitslosenunterstützung 31,7 pSt., auf solche bei Krankheit 18,8, im Alter 13,1 pSt., bei Begräbnissen 4,7 pSt., auf andere Unterhaltungen noch 5,1 pSt. Also über 70 pSt. entfallen lediglich auf Unterstützungen. Wie sich einzelne Unterstützungen im Laufe der Jahre bewegt haben, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung	Streitunterstützung	Krankheiten- und Unfallunterstützung
1895	416784	80,3	197236
1896	262143	21,5	186835
1897	329667	17,3	659042
1898	238724	16,1	328615
1899	188063	15,0	119474
1900	263231	18,1	149066
1901	327785	20,1	204540
1902	424046	23,7	217976
1903	509873	26,7	179417
1904	647722	31,7	128446

Die Bewegung ist in allen drei Fällen verschieden. Die Arbeitslosenunterstützung ist mächtig angewachsen, die Streitunterstützung erheblich zurückgegangen und die Krankenunterstützung ist sich so ziemlich gleichgeblieben.

Ein neues antikerikales Buch über Arbeit und Kultur.

I.

Das im Verlage der Zeitung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands Ende vorigen Jahres erschienene Buch „Arbeit und Kultur“ von Karl Frohne hat bei fast allen eine Bekanntschaft seines Wertes dadurch erfahren, daß die literarische Presse, hauptsächlich die in den Kreisen der katholischen Arbeiter verbreitete, heftige Angriffe gegen es richtete. Steht doch der Verfasser in scharfem Gegensatz zu der Weltanschauung des Merkantilismus, zu der kirchlichen Dogmenlehre, betreffend Welt und Menschen und zu dem Mißbrauch, der mit dieser Lehre gegen die naturwissenschaftliche Forschung, wie gegen die Interessen der Arbeit und den Kulturfortschritt Jahrhunderte hindurch getrieben worden ist und noch getrieben wird. Weil Frohne in völliger Uebereinstimmung mit der wahren Wissenschaft nicht glaubt an die „Erbschaffung“ und Beherrschung der Welt und des Menschen durch einen Gott; weil er ihre Entstehung und Entwicklung aus natürlichen Kräften und Gesetzen folgert; weil er nicht glaubt an die Abhängigkeit des Menschen und seines Loses von einer „göttlichen Allmacht“ im Sinne des theologischen Dogmas; weil er die Arbeit in ihrem natürlichen Wesen als die große unzerstörbare Macht, der alle Kultur entspringt, erfährt und schildert; weil die Tendenz seines Buches alles in allem darauf gerichtet ist, der Menschheit und ihren Interessen rein menschlich gerecht zu werden — deshalb haben Merkantile, um der Ueberzeugungskraft seiner Ausführungen zu begegnen, ihm den absurden Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“ gemacht und bösen Hohn und Spott über ihn ergossen, der darauf berechnet ist, der lieben Dummheit und Unwissenheit zu imponieren.

Die Merkantile „Volksbelehler“ können diesen Kritik-Humbung fortsetzen an einem Buch unter dem Titel „Die Technik als Kulturmacht in sozialer und geistiger Beziehung“ erschienenen Buches, dessen Verfasser, Ulrich Wendt, der ehemalige Direktor der Reichsbankdirektion in Berlin, nicht der „gottlosen“ Sozialdemokratie angehört, aber doch im wesentlichen der Weltanschauung und den Annahmen des Merkantilismus gegenüber denselben Standpunkt einnimmt, den Frohne in seinem Buche einnimmt. Von denselben Grundgedanken wie dieser geleitet, wärmt er die Bedeutung der Technik als Kulturmacht und zwar, wie es verständlicherweise nach der Lehre der Tatsachen nicht anders sein kann, durchaus materialistisch, unter ausschließender Zurückweisung der Annahme einer willkürlich wirkenden Gottheit. Er zeigt, wie alle bewusste Arbeit in letzter Linie das Ergebnis der Einwirkung des Geistes auf die Natur ist. „Durch die Technik wird die menschliche Arbeitskraft fortgesetzt vergeistigt.“ — „Der steigende Geist erkämpft sich im Staat die

persönliche und die politische Freiheit.“ — „Der befreite Mensch vertieft das geistige Leben und bereichert die Kultur.“ Auch ihm steht es fest, daß alle kulturellen Erfolge nicht das Geschenk einer Gottheit sind, sondern nur im Kampfe mit der Natur errungen werden. Und er hat aus der Geschichte gelernt, daß „nicht moralische Vorsehungen“ — die zu geben ja gerade die Theologie als ihrem „göttlichen Beruf“ entsprechend erachtet — „den Menschen bessern, sondern die langsame, andauernde Entwicklung an der Hand der Technik.“

Auf einen Zustand der Tierheit des Menschen hinzuweisen, aus dem er sich entwickeln mußte, ist, wie wir aus den Kritiken der Zentralblätter gegen Frohnes Buch wieder erfahren haben, nach der Auffassung des Merkantilismus eine „Verhöhnung der Religion“, ein „gotteslästerlicher Widerspruch gegen die theologische Lehre“, daß „Gott den Menschen nach seinem Ebenbild erschaffen“ hat. Auch Wendt macht sich dieser „Einde“ schuldig. Er sagt:

„Jeder Mensch ist in erster Linie ein Tier, ein unbewußter Techniker, in zweiter Linie ein bewußter. Erst wenn die technischen Bedingungen erfüllt sind, wenn die materielle Grundlage geschaffen ist, können sich die anderen Triebe entfalten. Die Technik ist die Trägerin der materiellen Kultur, sie ist aber auch die notwendige Voraussetzung der geistigen.“

Und an anderer Stelle:

„Die Entwicklung des Menschen erfolgt in zwei Richtungen. Alle unbewußten Vorgänge wachsen von innen heraus, die bewußten dagegen entwickeln sich von außen her. Zu seiner äußeren Orientierung hat der Mensch die Sinne und die Denkfähigkeit. In erster Linie aber ist der Mensch ein Tier, in erster Linie verbaut und wächst er, in zweiter Linie erst denkt er. Der Mensch hängt mit der Welt zusammen vermöge seiner tierischen Funktionen und durch diese ist er ein Glied in dem mechanischen Entwicklungskörper der Natur. In dieser Entwicklung gibt es keine Sprünge, langsam und stetig vollzieht sich der Prozeß.“

Wir dürfen wohl daran erinnern, daß sich Frohne über diesen Entwicklungsprozeß in seinem Buche sehr eingehend ausgesprochen hat.

Wendt definiert die Technik als die Betätigung des bewußten Geistes zur Umgestaltung der Stoffe für die Zwecke der Kultur oder, kürzer gesagt, als die bewusste Umgestaltung der Materie. Im Zusammenhang damit fährt er aus, die Technik sei zwar älter als die Naturwissenschaft, sie habe lange vor ihr bestanden und die Menschheit zu einer relativ hohen Kultur geführt. Die moderne Technik jedoch sei abhängig von der Naturwissenschaft. „Es würde traurig aussehen, wenn sie das nicht wäre.“ Zwischen beiden besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Auch die Technik sei nur eine Form der menschlichen Geistesbetätigung, die als solche behingt werden muß von

den anderen Formen des geistigen Lebens. „Heute gehen Wissenschaft und Technik im allgemeinen Hand in Hand.“ Die Technik gab der Wissenschaft das Papier und den Buchdruck, sie fertigt die wissenschaftlichen Instrumente, die photographische Kammer und das Mikroskop; sie gibt vor allem aber durch Wohnung, Nahrung und Kleidung auch dem Gelehrten erst die Grundlage für seine Tätigkeit, sie ermöglicht ihm erst, in wissenschaftlicher Richtung zu wirken. Die Wissenschaft dagegen zeigt der Technik neue Wege, sie zeigt das geheimnisvolle Spiel der Kräfte und die Wechselbeziehungen der Erze. Deshalb mahnt Wendt die Männer der Wissenschaft, beständig an die Praxis zu denken. Denn wie Leibniz und Kant — und so viele andere Männer der Wissenschaft — urteilen: alle Wissenschaft hat zum Zweck, die Glückseligkeit der Menschheit.

Wie erwähnt schon, daß der Verfasser — und auch in diesem Punkt können wir auf übereinstimmende Ausführungen in Frohnes Buch verweisen — alle Vererbung des Menschen aus der Technik, aus der Arbeit ableitet. Hierzu bemerkt er noch, die eigentliche Quelle des sittlichen Fortschritts liege in den sozialen Veränderungen, welche die Technik schafft, aus denen dann neue Aufgaben für Staat und Gesellschaft hervorkommen. „Die Technik schafft die Grundlage neuer ethischer Kultur, indem sie sich zwingen läßt, auf eine rationelle Handhabung der Produktion bedacht zu sein. Der unverbundene Mensch ist von Natur nicht böse“ (die Theologie behauptet bekanntlich mit ihrer Lehre vom Erblande das Gegenteil), „er ist nur roh und gefühllos. Wenn die materielle Kultur ihm die gleichen Vorteile im Wege einer feineren Gestaltung bietet, die er bisher durch einen Akt der Grausamkeit nur zu erreichen wußte, dann leiht er auf die Grausamkeit Verzicht.“

Nach dem theologischen Dogma ist dem Menschen der Geist von Gott gegeben, und nach dem gegen Frohnes Buch gerichteten Kritiken der Merkantile Presse ist es „unwissenschaftlich“, das nicht zu glauben.

Wendt aber sagt:

„Aus den Abstraktionen an dem großen Lebensprozeß in der Natur erwächst dem Menschen das erste Material für die Tätigkeit des Denkens. Vermöge dieses Denkens greift er nunmehr ein in den Prozeß und schafft die Technik. Aus den technischen Vorgängen erwachsen neue Abstraktionen, neues Material für die Anschauung und das Denken. Die Folge ist ein erneutes Eingreifen in die Vorgänge der Natur, aber mit gesteigertem Bewußtsein und mit geklärtem Blick. Hieraus entspringt eine neue, höhere Form der Technik. An dieser Wechselwirkung zwischen Natur und Geist entzündet sich das Denken und wagt, bildet sich die Vernunft. Durch die vermehrten Einsichten wird auch das Gefühlsleben bereinert und vertieft, und mit der materiellen wird auch die geistige Kraft gehoben.“

* Berlin 1906. Verlag von Georg Reimer.

Bauarbeiterforderungen an die deutsche Nationalversammlung 1848/49.

Ich durchblättere einen Stoß vergilbter Akten: Die Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main 1848/49. Da stoße ich auf merkwürdige Wünsche und Forderungen, die diesem der Revolution des sogenannten „tollen Jahres“ entspringenen kurzlebigen Parlament aus Volkstheorien unterbreitet worden sind. Da feststeht, die „Petition einer Anzahl Eingekerkelter von Reichensbach in der Pfalz“ mein Interesse. Darin wird u. a. verlangt:

1. Vorzüge für Beschäftigung und Verdienst der armen Leute (Arbeiterklasse); 2. Befreiung der Arbeiter von den Steuern von Straßen, Eisenbahn, Brücken und Kanalbauten; 3. solche Bauten sollen unter Leitung von Distrikts- und Sektions-Aufsichtern unmittelbar durch die Arbeiterklasse in Ausführung kommen. „Wo die Forderung des Regie-Baus in prägnanter Form. Jedemfalls ein sehr beachtenswertes Faktum. Reigt man doch im allgemeinen der Ansicht zu, diese Forderung sei erst der modernen Arbeiterbewegung entwichen.“

Der Ausschuss sagt in seinem Bericht, es sei zweifelhaft gewesen, ob dieser Antrag nicht eigentlich an die einzelnen Landesregierungen zu richten sei, um so mehr, als einzelne Regierungen, namentlich Preußen und Sachsen, bereits zu Gunsten der bei Bauten der bezeichneten Art beschäftigten Arbeiter Gesetze erlassen haben. Gemeint sein können nur gewisse Verordnungen, die an und für sich recht belanglos sind und in der Hauptsache sogenannte Notstandsarbeiten regeln. Der Ausschuss glaubte jedoch, auf den Antrag eingehen zu müssen, weil er sich nicht auf das Verhältnis der Arbeiter in einem bestimmten Staat, sondern in ganz Deutschland bezieht und die Arbeiterfrage für ganz Deutschland sehr wichtig ist und die Anfragen in dieser Frage sehr auseinandergehen. Es wird dann in dem Bericht ausgeführt:

Die Arbeiter bei Bauten der bezeichneten Art seien sehr mannigfaltig; sie kommen teils schon bei der Anfertigung und Bearbeitung der Materialien (Holz, Steine u.), teils bei den handwerklichen Leistungen, teils als reine Tagelöhnerarbeiten (Erdbau, Wasserbewältigung u.) vor. Die Art und Weise, wie Bauten der Art zur Ausführung kommen, sei ebenfalls sehr mannigfaltig; der Bau könne in Gängen oder in Sektionen an Hauptunternehmer, die Anfertigung der Materialien, die handwerklichen Arbeiten, Teile der Bauausführung können für sich und ge-

sondert erfolgen; und alles dieses könne geschehen entweder durch Verding aus freier Hand oder durch öffentliches Aufgebot an die Mindestfordernden; in allen Fällen würden die Arbeiter entweder gegen Tagelohn oder nach Abzugsätzen abgelohnt. „Gelte man zunächst letzteres fest, so entstehe die Frage: Ob es für den Arbeiter vorteilhafter ist, in Tagelohn oder gegen Abzugsätze zu arbeiten?“

Der Ausschuss, sich an die landläufigen Theorien kapitalistischer Nationalökonomie haltend, meint: Im allgemeinen müsse die Alltagsarbeit „als vorteilhafter anerkannt werden“. Denn: „Hierdurch allein wird der Arbeiter in Stand gesetzt, durch Fleiß und Umsicht sich einen höheren Verdienst als den gewöhnlichen Tagelohn zu verschaffen; sehr oft haben Arbeiter durch Abzugsätze statt eines Tagelohns von vielleicht 12 Ggr. einen Verdienst von 1 Taler bis 1 Taler 8 Ggr.“ Von den mit dem höheren Verdienst verknüpften schätzenswerten Wirkungen einer wahren Alltagsarbeit weiß der Ausschussbericht nichts zu melden. Nur eines Umstandes gedenkt er: Es sei, „nicht in Abrede zu stellen, daß der Arbeiter bisweilen, namentlich bei Erdbauarbeiten, den Umfang der Arbeit nicht zu würdigen versteht, ja, daß von seiner Unkenntnis bisweilen ein unzulässiger Nutzen gezogen wird.“ „Aber“ — so heißt es weiter — „diesem kann die Reichsgewalt nicht entgegenstellen, ohne in den Fehler des Autokratismus, ohne in eine Bevormundung des Arbeiters zu verfallen.“ Abgesehen davon, daß sich dieses mit der angestrebten freien Bewegung nicht verträgt, würde der Fleißige und Umsichtige, der sich im Stande fühlt, in Abzugs mehr zu verdienen als den Tagelohn, sehr leicht gegen den anderen zurückgesetzt werden.“ Die Regel sei, daß der Arbeiter, um den Umfang der Arbeit zu würdigen, erst eine Zeitlang in Tagelohn arbeite, ehe er die Abzugsätze vereinbart.“ Rühmlich stellt der Bericht die Behauptung auf, daß alle Arbeiten, die in Abzugs verrichtet werden können, dem Arbeiter einen größeren Verdienst als den gewöhnlichen Tagelohn zu gewähren im Stande, mithin für ihn vorteilhafter sind.“

Aus diesem höchst willkürlich und tendenziös konstruierten Gesichtspunkt entwirft der Ausschuss die Frage nach der Regiearbeit und zwar dahin: „Es könnte zwar den Anschein gewinnen, als ob der Unternehmer, der seinen Gewinn bei der Ausführung sucht, eher geneigt sei, den Arbeiter, wie man sagt, zu brüden, als der Bauer. Aber dieses ist nur anscheinend; für denn in Wirklichkeit besteht dasselbe Wechselverhältnis, dieselbe Abhängigkeit zwischen den Arbeitern und dem Bauherrn oder dessen Distrikts- und Sektionsaufsehern wie zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. Auch die Distrikts- und Sektionsaufseher suchen mit den Sätzen, die im An-

schlag für den Bau ausgeworfen sind, auszureichen oder gegen dieselben zu erparren und sich einen Nutzen zu verschaffen. Daher sind die vorgelommenen Klagen ebenso oft gegen die Aufseher des Bauherrn, wie gegen die Hauptunternehmer gerichtet gewesen.“ Es wird also hier mit dünnen Worten gesagt, daß das öffentliche Wesen, das Bauarbeiten unternimmt bezw. direkt ausführt, die Ausbeutung der Arbeiter, ihre Abfindung mit möglichst niedrigem Lohn genau so betrifft, wie der private Unternehmer.

Nur in gewissen Fällen, bei Bauarbeiten, die unternommen werden lediglich zu dem Zweck, um Arbeiter zu beschäftigen bei Notstandsarbeiten, will der Bericht die Mindestverpflichtung ausgeschlossen wissen. Wenn aber öffentliche Anstalten (Staat und Gemeinde) oder Arbeitsgesellschaften „gewissermaßen genötigt“ seien, die Bauten an den Bauherren zu verdingen, so sei dieses „der einzige Weg, der die oft vorkommenden Verächtlichkeiten wegen Begünstigung einzelner Meister ausschließt; der sicherste Weg, um bei freier Konkurrenz den wahren Preis festzustellen.“ Und das liege auch im Interesse der Arbeiter, weshalb über die Petition zur Tagesordnung überzugehen sei.

Hier haben wir den ersten Fall einer parlamentarischen Erörterung der Fragen der Regiearbeit und der Alltagsarbeit. In ihr werden alle die Irrtümer und falschen Schlüsse der kapitalistischen Volkswirtschaftslehren offenbar, mit der die Arbeiterfrage auch heute noch zu rechnen hat. Der Unterschied ist nur der, daß die Arbeiter von heute, dank ihrer Organisation in wirtschaftlichen Fragen viel aufklärter sind, als ihre Klassengenossen vor mehr als einem halben Jahrhundert es sein konnten. Doch hatten jene die für sie so schätzenswerten Wirkungen des Submissionswesens bereits erkannt. Und bei ihrer Forderung, die Regiearbeit einzuführen, gingen sie von der Voraussetzung aus, daß man unter diesem System ihnen bessere Löhne zufließen werde, als den Submissionsunternehmern ihnen zähle. Die Gründe, die der volkswirtschaftliche Ausschuss des Frankfurter Parlaments gegen die Regiearbeit und zu Gunsten der Alltagsarbeit geltend machte, sind wesentlich dieselben, die noch heute den Arbeitern vorgehalten werden, um den „Segnungen der freien Konkurrenz“ keinen Abbruch zu tun. Wie dieser „Segen“ unter dem Submissionswesen sich gestaltet hat, brauchen wir hier nicht näher auszuführen. Die Frage, über die das Frankfurter Parlament zur Tagesordnung überging, steht für die Bauarbeiterfrage, die Gegenwart mit auf der Tagesordnung, und sie wird nicht davon verschwinden, bis sie ihre den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechende Lösung gefunden hat.

Und damit ist der Weg der Kulturentwicklung, völlig unabhängig von der Herrschaft einer Gottheit, absolut fertig gegeben. Im Altertum, im Mittelalter, in der neueren und neuesten Zeit, im ganzen Verlaufe der Geschichte sehen wir die gleiche Entwicklung: die Freiheit folgte der Notwendigkeit; der Begriff der Menschenrechte und die reine, höhere Sittlichkeit, alle Veredelung der Menschen, jede Neugestaltung der sozialen Einrichtungen hat zur Grundlage die Arbeit.

Politische Umschau.

Den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages, hat der Reichstag am 15. Mai in dritter Beratung definitiv erledigt. Die Beschlüsse, die in zweiter Beratung auf der Grundlage der Kommissionsvorlage gefaßt worden waren, haben noch einige Änderungen erfahren, und zwar im Punkt der Auszahlung der Aufwandsentschädigung von insgesamt 30000 jährlich. Diese Summe wird am 1. Dezember mit 200, am 1. Januar mit 300, am 1. Februar mit 400, am 1. März mit 500, am 1. April mit 600 und am Ende der Beratung oder Schließung des Reichstages mit 1000 zahlbar.

Diese Änderung wurde auf Antrag des Abgeordneten Gröber (Zentrum) durch eine erhebliche, auch die Sozialdemokraten und die Freilinken in sich fassende Mehrheit beschlossen, auf Grund der zutreffenden Erwägung, daß sich eine Verteilung der Aufwandsentlohnung der Einteilung der Arbeitsleistung des Reichstages besser entspricht, als die in zweiter Beratung beschlossene. Die übrigen Beschlüsse zweiter Beratung blieben unberührt. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung zunächst die Wenderung des § 28 der Reichsverfassung mit 274 gegen 41 Stimmen der Konserverativen und dann die eigentliche Diätenvorlage mit 210 gegen 62 Stimmen der Konserverativen bei 31 Stimmenthaltenen angenommen. Es macht einen tragischen Eindruck, daß die konserverativen Gruppen durch zwei ihrer Vertreter, die Abgeordneten Staudy und Kardorff, nochmals ihre gewöhnliche Stellung gegen die Diäten erklären lassen mit Argumenten ebenbürtiger ordnungspolitischer Demagogie. Erstere meinte, die Wirkung der Diäten werde lediglich die sein, der sozialdemokratischen Partei in diesem Jahre etwa 200000 und in jedem folgenden Jahre etwa 240000 zuzuführen, die sie gebrauchen werde zur Ausbreitung ihrer Macht. Kardorff, verbeistete diesen Angriff durch die Bemerkung, die gewerkschaftliche Agitation, die gegenwärtig bereits einen „bedauerlichen Umfang“ angenommen habe, werde durch das neue Gesetz „noch verstärkt werden“. Und das besapten Politiker, die doch ganz genau wissen, daß sich die Sozialdemokratie vierzig Jahre ohne Reichstagsdiäten zur stärksten Partei in Deutschland entwickelt hat. Sie können sich füglich auch selber sagen, daß die Sozialdemokratie weit davon entfernt ist, ihrer ganzen Machtstellung und finanziellen Kraft nach, auf Diäten ein besonderes Gewicht zu legen rücksichtlich ihrer Agitation. Für sie entspricht die Aufwandsentschädigung, die ja in Wahrheit nichts anderes ist, als eine Entschädigung für geleistete Arbeit, einer Forderung der politischen Gerechtigkeit.

Die Staudy, Kardorff und Genossen, von denen jeder weiß, daß ihnen ein Zuschuß von 3000 jährlich zum Standesgehalt zugeflossen ist, mußten sich dem Staatssekretär Grafen Posadowsky sagen lassen: „Was können Sie doch nicht leugnen: die Gelder, die in der Form des Aufwandsquantums den sozialdemokratischen Abgeordneten zufließen, fließen doch auch den Abgeordneten aller anderen Parteien zu, und wenn politischer Einfluß eine Geldfrage ist, haben auch die anderen Parteien, denen dieses Aufwandsquantum zufließt, die Möglichkeit, die ihnen zufließenden Summen im Interesse der bestehenden Staatsordnung zu verwenden.“ Gegenüber der Bemerkung Staudys, die veränderten Regelungen sollten dafür sorgen, daß nur Abgeordnete gewählt würden, die auch im Reichstag präsent sind, führte Graf Posadowsky folgenden wichtigen Satz: „Wenn ich meine Erfahrungen — ich werde nun nächstens seit 13 Jahren hier am Bundesratssitz als Staatssekretär des Reichs — hier mitteilen könnte, wenn ich Ihnen mitteilen könnte, was ich mir manchmal für Mühe gegeben habe, einzelne Abgeordnete zu bewegen, im Hause anwesend zu sein, das Haus nicht zu verlassen, um wichtige Vorlagen nicht zu gefährden, dann würde man, glaube ich, der Regierung nicht den Vorwurf machen können, daß sie nicht alles getan hat, um ein beschlußfähiges Haus zu haben. Wir würden in diesem Hause zahlreiche Parteiführer das Zeugnis ausstellen können, wie oft ich mit ihnen verhandelt und sie gebeten habe, dafür zu sorgen, daß ihre Partei zur Stelle ist. Ich habe aber leider sehr oft die Antwort bekommen: ja, wir telegraphieren, aber es nützt nichts, sie kommen ja doch nicht.“

Die „Haatserhaltenen“ Parteien mögen sich bei dem Ordnungspolitiker Staudy dafür bedanken, daß er diese für unangehörige blamierende Kritik aus dem Munde eines Regierungsvertreters durch seine demagogischen Absurditäten geradezu provoziert hat.

Eine kleine Absurditäten entgegengefasste „Weisheit“ offenbarte der nationalliberale Abgeordnete Wasserhann, indem er erklärte: „Ob die Einführung der Anwesenheitsgelder der Sozialdemokratie nützen wird, ist doch sehr zweifelhaft. Heute besteht kraft der Tatsache, daß die Sozialdemokratischen Diäten aus ihrer Parteikasse bezahlt, eine gewisse Abhängigkeit, wenn ich mich so ausdrücken soll, der Abgeordneten von der Zentralleitung. In dem Augenblick, wo der einzelne Kandidat weiß, daß er von Reichs wegen ein Aufwandsquantum bekommt, tritt ohne weiteres eine Unabhängigkeit ein. Sie werden unter Umständen — wir werden das ja abwarten, ich will nicht propheteien — aber mit der einen Tatsache auch rechnen müssen, daß in einzelnen Wahlkreisen auch verschiedene sozialdemokratische Kandidaten die Kreislitze betreten und sich für die Wahl präsentieren werden, unter denen sich auch recht verschiedene Meinungen über programmatistische Gesichtspunkte geltend machen werden. Ich hoffe und

wünsche, daß aus der Einführung der Anwesenheitsgelder der Sozialdemokratie kein Nutzen, sondern Schaden entstehen wird.“

In ähnlicher Weise hätte Herr Wasserhann seine und seiner Partei Zustimmung zum Abtrage nicht „rechtfertigen“ können. Von einer „gewissen Abhängigkeit“ der sozialdemokratischen Abgeordneten „von der Zentralleitung“ unter dem Zustande der Diätenlosigkeit zu sprechen, ist lächerlich ohnegleichen! Und ebenso lächerlich sind die Hoffnungen und Wünsche Wasserhanns, die auf eine „Schädigung“ der Sozialdemokratie durch die Diäten gehen. Der Herr hat ordnungspolitische Karreer getrieben, die ein nettes Pendant zum Geschwätz der Staudy und Kardorff abgeben.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 16. Mai den Beschlüssen des Reichstages in dritter Beratung seine Zustimmung erteilt; er hat das Gesetz nicht daran zweifeln lassen, daß den Abgeordneten freisahrt auf den deutschen Eisenbahnen während der Dauer der Session (große Vertagung ausgeschlossen) gewährt wird.

Sonabend, den 19. Mai, führte der Reichstag die dritte Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform und damit diese selbst zu Ende. Was sie dem Volke an neuem „Gegen“ bringt, wissen unsere Leser. Das „arbeiterfreundliche“ Zentrum, die konserverativen und die Nationalliberalen hatten einen „Wod“ gebildet, um den Massen neue Steuern und ungerechte Lasten aufzubürden: die erhöhte Biersteuer, die Zigarettensteuer, die Fahrkartensteuer. Letztere wurde in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 119 Stimmen angenommen. Die Modeste, unter Führung des Zentrums, haben der Entrüstung, der die weissen Volkskreise gegen diese Steuern Ausdruck gegeben, Sohn gesprochen. Ihre Beschlüsse treffen den von ihnen so heiß umworbenen „Mittelstand“ nicht minder schwer wie die Klasse der Lohnarbeiter. Wieder einmal haben diese „Haatserhaltenen“ Elemente bewiesen, daß sie für eine gerechte Steuerpolitik nicht zu haben sind. Das bishigen Erbschafts- und Zantiensteuer, zu der sie sich verhanden haben, ist für sie nur Deforation, die über die Ungerechtigkeit des Hauptteils der sogenannten Finanzreform hinwegtäuschen soll. Ein Vordrängen Gerechtigkeit gegenüber einem Verge von Unrecht.

Dieselbe Majorität nahm dann auch noch die Flossen vorlage, zu deren Durchführung die neuen Steuern hauptsächlich mit dienen sollen, in dritter Lesung an.

Zur dritten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Der Herr Reichsfinanzminister zu ersuchen, durch das Reichsversicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallversicherungsbestimmungen der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft für die Grubenbetriebe Feuerlösch-Einrichtungen und Rettungsapparate vorgeschrieben sind, durch die Katastrophen der Art wie die in den Schächten von Courrières verurteilt werden.“

Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichsversicherungsamt die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft im Aufschubwege anhalten (§ 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), schließlich die Unfallversicherungsbestimmungen entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.“

Ein „ordnungspolitisch“ denkender Mann ist der Kandidat der Ortskrankenkasse für die Baugewerke in Basing, Josef Maier. Er tritt in einer von der Petitionskommission des Reichstages beratenen Eingabe: dem Krankenversicherungsgeze Bestimmungen einzuführen, nach welchen der Rechnungsführer Sitz und Stimme im Kassenvorstande erhalte und die Rechnungs-führer der Ortskrankenkassen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbörde ange stellt oder entlassen werden könnten; außerdem sei eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Reichsbeamten und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Krankenkassenbeamten geregelt würden, und diese Dienstordnung müsse der Bestätigung des Reichs-Versicherungsamtes unterliegen.

Der Petent führt aus, daß nach seinen Erfahrungen als Kandidat der Arbeiter in den Kassenvorständen den Kasseneamten gegenüber ihre Macht übermäßig zur Geltung bringen, so daß der Beamte der Arbeiter des allerersten Arbeiters sei, es kämen Leute in den Vorstand und werden selbst erst Vorsitzende, die kaum ihren Namen schreiben könnten und denen die geringste Schulbildung fehle. Unter solchen Verhältnissen sei es nicht wunderbar, wenn die einsichtigen Elemente aus den Arbeiterkreisen von den Ortskrankenkassen nichts wissen wollten und das Ansehen der Kasse herabgewürdigt werde. Würde der Rechnungsführer der Kassenvorstände der Arbeiter entkräft, so werde mancher Beamte, der bis jetzt gezwungenerweise mit den Sozialdemokraten liess, sich dann von selbst zurückziehen. Dadurch, daß die Beamten der Kassenvorstände der Arbeiter überlassen seien, seien zum Teil die heutigen Zustände bei den Ortskrankenkassen verurteilt, wobei betont, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter sehr schlimmer als die Sozialdemokraten wirtschafteten; die letzteren nähmen wenigstens ihre Genossen in Schutz, und so treibe man die Kasseneamten mit Gewalt in die Reihen der Sozialdemokratie.

Daß an der Ortskrankenkassenbeamten ähnliche Erfahrungen gemacht haben, wie Herr Josef Maier sie gemacht haben will, darüber ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Wenn der Herr mit seinen Behauptungen recht hat, so hat man es doch nur mit einem völlig bereinigt dastehenden Ausnahmefall zu tun. Sollte die Basinger Baugewerke tatsächlich wirklich so ungeheuer rückständig sein, daß dort Leute in den Kassenvorstand gewählt werden, die nicht die geringste Schulbildung haben und kaum ihren Namen schreiben können? Darüber ist Aufklärung erforderlich. Basing liegt doch nicht in Ausland, sondern in Bayern, im Bezirksamt München, wo obligatorischer Volksschulunterricht besteht. Was derselbe unter der Herrschaft der Geiligkeit noch so viel zu wünschen übrig lassen, — so scheint mir es sicher nicht, wie er nach der Behauptung des Herrn Josef Maier erscheint.

Die Kommission hat beschlossen, die Petition dem Reichsfinanzminister als Material zu überweisen. Wir aber möchten unsere Verbandsmitglieder in München

erzählen, festzustellen, ob die Behauptungen des Petenten begründet sind oder nicht.

Zentrumsführer und christliche Gewerkschaften.

Nützlich wurde vor dem Schöffengericht zu Augsburg verhandelt gegen die verantwortlichen Reaktoren zweier sozialdemokratischer Blätter, der „Münchener Post“ und der „Schwäbischen Volkszeitung“. Sie sollen die Vorstandsmitglieder einer gelben Gewerkschaft dadurch beleidigt haben, daß sie die Gründung dieser Organisation als einen Verrat an der Arbeiterschaft bezeichneten. Die „gute Sache“ der Arbeiter betrat in der Verhandlung ein hervorragender Zentrumsführer, der ehemalige Landtagsabgeordnete Reichs-anwalt Reifert, der sonangebendes Mitglied des ultramontanen Aktionsausschusses in Augsburg ist. Er polemisierte gegen die Gewerkschaften genau so, wie es rücksichtslos die Scharsmacher tun: die ganze Taktik der Gewerkschaften sei auf die Verführung des guten Einvernehmens zwischen Unternehmern und Arbeitern gerichtet; ihre Forderungen sollten bewirken, daß die deutsche Industrie konkurrenzunfähig gemacht werde, wie das schon der englischen Industrie durch die Schuld der englischen Gewerkschaften passiert sei. Die Gewerkschaftsbewegung wolle die Arbeiter nur zu willenlosen Werkzeugen in der Hand politischer Agitatoren machen, die ebenso wie die Journalisten immer oben schwämmen. Er behauptete, daß die christlichen Gewerkschaften sich der Taktik der Sozialdemokraten anschließen; statt sich auf den Standpunkt zu stellen: den des XIII. „in seiner herrlichen Enghäufigkeit“ vertreten habe. Deswegen würden sie beim Wert Augsburg auch nicht anerkannt. Moralisch sei der Standpunkt der Arbeitsschlichter der besser.

Die Enghäufigkeit des „heiligen Waters“ erkennt bekanntlich das Recht der Arbeiter, dem Herrtum bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen, nicht an; sie verurteilt den Kampf der Arbeit gegen das Kapital, und will, daß die Arbeiter „um Gottes willen“ sich der Autorität der sogenannten Vorgesetzten fügen, — ein Standpunkt, der so absurd ist, daß selbst christliche Arbeiter, wenn sie es ernst nehmen mit der Wahrung ihrer Interessen, ihn nicht teilen können. Der Rechtsanwalt Reifert hat den christlichen Gewerkschaften eine klärende Dohse verfaßt. Werden sie darüber in gebührender Weise quillieren?

Eine Bill gegen die Einwanderung: „Arbeitswilliger“ in England.

Die Bill gegen die Einwanderung: „Arbeitswilliger“ in England, die vom englischen Unterhause angenommen worden war, ist am 17. Mai vom Oberhause mit 98 gegen 24 Stimmen abgelehnt worden. Diese Bill, durch die verhindert werden soll, daß Fremde nach England kommen, um die britischen Arbeiter während eines Ausstandes zu ersetzen, war im Unterhause von Lord Cardie (Arbeiterpartei) eingebracht und dort ohne Einspruch in allen Lesungen angenommen worden. Das Mitglied des Oberhauses, Lord Balfour, beantragte in der Sitzung dieses Hauses vom 17. Mai die zweite Lesung und wies auf die Bedeutung eines deutschen Blattes hin, daß es ein Stambul für englische Arbeiter sei, daß sie den Hamburger Meekern während des letzten Streiks beistanden hätten. Die Bill sei eingebracht worden, um nicht in England ein Gefühl aufkommen zu lassen, ähnlich dem, das der Zuzug englischer Arbeiter zum Erlasse für Ausländer in Deutschland hervorgerufen habe. Marquis of Lansdowne erklärte, wenn die Regierung die Verantwortlichkeit für die Bill übernehme, die einen neuen und wichtigen Grundstock darstelle, so werde die Opposition im gegenwärtigen Stadium die Bill annehmen, sonst aber werde sie für Ablehnung der Bill stimmen. Da jedoch von der Regierung die Übernahme der Verantwortlichkeit für die Bill abgelehnt wurde, so wurde diese vom Hause verworfen.

Im Unterhause beurteilten jedoch mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei scharf dieses Vorgehen des Hauses der Lords und führten darüber Beschwerde, daß die Regierung nicht die Verantwortung für die Maßregel übernommen habe. Die Redner fragten die Regierung, was für Maßnahmen sie zu ergreifen gedachte. Schließlich führte aus, der Gesetzentwurf sei eine Maßnahme im privaten Interesse. Ueber ein künftiges Vorgehen der Regierung müsse die Frage an den Premierminister Campbell Bannermann selbst gerichtet werden. Dies wird geschähen.

In Frankreich haben am 6. und 20. Mai die Wahlen zur Kammer (Reichstag) stattgefunden. Die Reaktionen aller Schattierungen sind mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen; besonders die liberalen Monarchisten, die sich in Frankreich „national“ und auch „liberal“ nennen, glaubten auf Grund der vorausgegangenen Kämpfe um die Trennung der Kirche vom Staat die republikanische Regierungsmehrheit für sich zu können. Sie sollen sogar versucht haben, revolutionäre Gewerkschaften in ihren Dienst zu ziehen. Alle Anstrengungen der Dunkelmänner waren aber vergeblich, schon in der Hauptwahl am 6. Mai erlangte der republikanische „Wod“ eine sichere Mehrheit, die durch die Stichwahlen noch bedeutend verstärkt worden ist. Auch die Sozialisten haben erhebliche Fortschritte gemacht; leider stehen trotz aller Einigungsversuche immer noch mehrere Sozialisten abseits von der geeinigten sozialdemokratischen Partei, sonst würde das Votum der Arbeiterschaft noch viel stärker zum Ausdruck kommen.

In ganz Frankreich (mit Kolonien) werden 591 Deputierte gewählt. Davon gehören nach der bisherigen Mittelungen etwa 80 zu den geeinigten Sozialisten, 15 zu den unabhängigen Sozialisten, 115 zu den „Sozialistischen Radikalen“, 105 zu den „Radikalen“ und 80 zu den „republikanischen Linken“. Die Mehrzahl der übrigen Deputierten, darunter auch ein Führer der gelben Gewerkschaften, wird den Reaktionen zuzurechnen sein. Die republikanische Mehrheit ist aber unter allen Umständen sicher. Eine andere Frage ist es, ob die Mehrheit geneigt ist, brennende Arbeiterfragen zu lösen. Bisher hat sich das französische Parlament in dieser Beziehung genau so unfruchtbar gezeigt, als unser heimatischer Reichstag.

Erledigte Lohnbewegungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1906.

* Partielle Streiks liegen vor, wenn bei einzelnen Unternehmern die Arbeit eingestellt werden mußte, weil sie die getroffenen Vereinbarungen (Rubrik 8) oder die Angehörigen ohne gegenseitige Vereinbarung (Rubrik 9) nicht gewährten. — ** Als „Angriffsstreik“ kommen nur solche Arbeits einstellen in Frage, wo die Arbeiter ganz allein die Angreifer sind, und als „Ausföhrungen“ nur alle Arbeits einstellen bezeichnet, wo die Unternehmer gegen die Arbeiter die alleinige Verfügung haben. — Im „Angriffsstreik“ und „Ausföhrungen“ sind die Arbeiter eine Arbeits einstellen in Anspruch genommen und die Unternehmer mit Ausföhrung antworteten. Sind dagegen die Unternehmer diejenigen, die den Streik durch Ausföhrung begannen, und die Arbeiter in Anspruch genommen, so ist die Bewegung als „Ausföhrung und Angriffsstreik“ bezeichnet. Streikstreik. Streikstreik.

Name des Lohnbesitzers	Zahl der			Forderungen		Die Forderungen wurden erledigt										Durch die Bewegung wurde erreicht				Unkosten der Streiks und Ausbesserungen nach vorläufiger Feststellung	
	im Lohnbesitz geblieben die Orte	im Lohnbesitz befindlichen		Stundenlohn	Arbeitszeit	Andere	ohne Arbeitsleistung, und zwar durch		In den Fällen (Rubrik 8 und 9) kam es zum par-stellen Streik	durch Arbeitsleistung, und zwar				Lohnabhängig		Befristung		Erfolge in anderen Punkten	Wurde ein Vertrag abgeschlossen?		
		Unter-nahmer	Gefellen				gegen-seitige Vereinbarung infolge mündlicher Unter-handlungen	gute oder teilweise Befriedigung der Forderungen ohne gegen-sätzliche Streikordnung		durch Durch-setzung der Forde-rung	An-griffs-streik	Aus-sper-rung	An-griffs-streik	Aus-sper-rung und An-griffs-streik	pro Stunde	pro Tag	pro Tag				pro Woche
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Gau Berlin.																					
Großen Dreck	30	21	173	35	—	1	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Erfurter	10	2	38	40	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Härdenberg	10	4	65	36	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	41	1	6	/	/
Gr. Westen	15	3	33	62	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	7	1	6	/	/
St. Kreuz	22	3	72	40	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Gr. West	7	3	25	60	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	45	—	—	/	/
Gr. West	7	3	40	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Gr. West	20	3	29	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Guben	1	15	370	45	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Heinrichsdorf	2	2	20	65	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	48	—	—	/	/
Lützen	7	3	130	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Wittenberg	3	4	15	55	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	20	—	—	/	/
Milow	12	5	29	36	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	23	—	—	/	/
Mittenwalde	8	3	25	60	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	10	40	—	—	/	/
Oranienburg	15	16	200	60	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	15	85	—	—	/	/
Reppen	3	3	37	37	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	30	—	—	/	/
Rhinow	8	3	23	35	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	30	—	—	/	/
Schneidemühl	1	8	140	47	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	20	1	6	/	/
Schwebel a. b. D.	22	6	34	43	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	20	—	—	/	/
Schwerin a. b. D.	7	5	79	37	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Schölin	6	3	11	55	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Senftenberg	16	10	258	43	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Spanbau	20	38	320	75	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Leipzig	10	6	65	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	45	—	—	/	/
Leobitz	30	5	84	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Witten	7	5	125	60	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Wittenberg	16	21	234	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	48	—	—	/	/
Wittenberg	13	7	114	40	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Wittenberg a. b. D.	11	3	47	40	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Wittenberg	19	8	128	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Gau Bremen.																					
Berne	2	6	24	45	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	12	—	—	/	/
Brinkum	3	13	50	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	1	6	/	/
Delmenhorst	2	16	320	55	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Ende	2	2	12	47	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	25	—	—	/	/
Ende	1	6	96	35	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	50	—	—	/	/
Norden	4	10	50	42	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	20	—	—	/	/
Nordern	1	9	30	—	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Nordernham	3	7	150	53	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Nord	12	16	77	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Nord	1	5	60	48	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Nord	11	3	15	42	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	25	—	—	/	/
Gau Cassel.																					
Böttingen	3	17	530	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	20	—	—	/	/
Gröbnerode	1	1	15	42	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	40	—	—	/	/
Gau Köln.																					
Haan b. Solingen	1	3	82	55	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Gau Dortmund.																					
Bodum (Hieseler)	1	5	16	75	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	15	75	—	—	/	/
Dinslaken	4	7	46	53	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6	13	1	7	/	/
Dorsten	4	5	45	48	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6	7	1	7	/	/
Duisburg	1	43	460	58	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Duisburg (Hieseler)	1	1	6	—	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Wälder	1	58	745	52	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6	87	—	—	/	/
Gau Erfurt.																					
Alstedt	17	3	150	35	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Arnstadt	1	10	80	40	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Eisenach	1	20	430	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Eisenach-Georgsburg	1	3	40	37	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4	12	—	—	/	/
Reichenbach	2	2	24	35	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Reichenbach	1	1	35	35	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Reichenbach	1	2	40	38	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	22	—	—	/	/
Reichenbach	1	3	65	42	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	22	—	—	/	/
Reichenbach a. b. D.	1	14	125	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	22	—	—	/	/
Reichenbach	1	2	65	35	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Reichenbach	1	3	28	32	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Gau Frankfurt a. M.																					
Egelsbach	1	5	19	50	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6	16	—	—	/	/
Egelsbach	2	5	27	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	20	—	—	/	/
Egelsbach	1	4	25	48	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	20	—	—	/	/
Egelsbach	1	4	18	45	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	10	—	—	/	/
Egelsbach	1	3	6	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Egelsbach	1	1	13	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Egelsbach	2	4	25	40	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	8	48	—	—	/	/
Egelsbach	5	10	247	45	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	47	—	—	/	/
Egelsbach	1	5	19	42	10	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Gau Hamburg.																					
Barmstedt	10	6	25	50	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6	34	—	—	/	/
Barmstedt	12	3	30	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Barmstedt	2	3	35	70	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	45	—	—	/	/
Barmstedt	2	3	25	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Barmstedt	9	5	140	42	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2	20	—	—	/	/
Barmstedt	4	7	40	65	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	10	67	—	—	/	/
Barmstedt	1	4	20	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	50	—	—	/	/
Barmstedt	1	16	294	53	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	5	23	—	—	/	/
Barmstedt	2	5	28	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	30	—	—	/	/
Barmstedt	2	10	30	65	9	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	34	—	—	/	/
Barmstedt	1	2	28	50	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	8	80	—	—	/	/
Barmstedt	1	11	28	45	—	—	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	29	—	—	/	/

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Dünehofer-Lübeck (Sperren über unterschiedliche Unternehmer der Umgegend), **Stierkrade und Umgegend** (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Meldorf, Süderbrarup (Streiks), **Ahrensbock** (Differenzen), **Bramstedt** (Sperre über Bathjens in Hemdingen);

Mecklenburg:

Schwerin, Güstrow (Bauarbeiterstreiks), **Sülze** (Sperre über Holldorf), **Ratzeburg, Röbel** (Streik), **Lage** (Sperre über Korff), **Kütz** (Aussperrung);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster und Thews), **Stralsund** (Streik), **Cöslin** (Sperre über H. Schütter), **Demmin, Greifswald** (Aussperrung);

Ost- und Westpreußen:

Königs, Vandsburg (Aussperrung), **Marlenworder** (Aussperrung in Rehlfeld b. M.), **Goldap, Memel, Pr. Stargard** (Streiks);

Posen:

Krotoschin-Freyhan (Streik);

Schlesien:

Breslau (Differenzen), **Hirschberg-Cunnersdorf** (Aussperrung), **Oppeln, Niesky, Ostrow, Gottesberg, Bernsdorf O.-L.** (Streiks);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), **Fürstenwalde, Alt-Karbe, Forst, Schwiebus, Trennrietzen** (Streiks), **Berlin** (Zementbranche, Sperre über O. Stiwe), **Trebitzsch** (Sperre über Hamann), **Finsterwalde** (Differenzen), **Freienwalde, Lychn, Guben** (Bauarbeiterstreiks), **Strasburg in der Uckermark** (Sperre über R. Henschel);

Provinz Sachsen:

Mühlberg a. d. E., Ammendorf (Streiks), **Wolmirstedt und Umgegend** (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperre über F. Bieher in Leipzig-Gohlis), **Wurzen** (Sperre über Lehmann in Püchau), **Hirschberg, Sebnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna, Reichenau** (Aussperrung), **Schandau, Zwickau, Penig, Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimschach, Aue** (Streiks), **Welschensfeld** (Differenzen), **Döbeln, Waldheim** (Zimmererstreiks);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), **Osterode a. Harz** (Streik), **Emden, Münden** (Zimmererstreiks), **Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold** (Streiks), **Colle** (Bauarbeiterstreik);

Braunschweig:

Stadtfeldendorf (partieller Streik);

Thüringen:

Erfurt (Aussperrung steht bevor), **Eisenach** (Sperre über Wagner), **Gera** (Sperre über Hirsch), **Arnstadt** (Sperre über Paust und Papst), **Kühla** (Aussperrung), **Menschwitz** (Sperre über K. Müller), **Schweina, Liebenstein, Gotha, Schleithelm** (Streiks), **Suhl** (Differenzen);

Rheinprovinz und Westfalen:

Rheine (Differenzen), **Ahrweiler-Neuenahr** (Streik), **Düsseldorf** (Sperre über Heck, Zementierer), **Düsseldorf-Neuss** (Sperre über Lünen), **Düren** (Sperre über Brune);

Bayern:

Nürnberg (Sperre über Schaller), **Erlangen, Alzenau, Hof a. d. S., Passau, Bayreuth, Regensburg, Würzburg** (Streiks);

Hessen:

Flörsheim, Finthen, Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), **Hersfeld** (Aussperrung);

Baden-Pfalz:

Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heddeshelm, Schifferstadt, Baden-Baden, Grünstadt (Streiks), **Singen** (partieller Streik), **Mannheim** (Streik der Bauarbeiter);

Elsass-Lothringen:

Gebweiler (Streik);

Württemberg:

Reutlingen, Vaihingen a. d. F., Zuffenhausen (Streiks);

Elisenleger:

Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

Oesterreich:

Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), **Wien** (Aussperrung).

Die Kollegen von **Serford** bitten um Weibung ihres Ortes, da sie selbst wegen großen Arbeitsmangels gezwungen sind, zum Teil außerhalb zu arbeiten.

Gau Lübeck. In **Schwarzen-Pandorf** a. d. O. kam es nach mehreren Verhandlungen am 17. Mai zu einer Einigung. Der Stundenlohn wird sofort von 50 auf 52 $\frac{1}{2}$ erhöht. Vom 1. September an wird bei neunundfünfzigjähriger Arbeitszeit pro Stunde 55 $\frac{1}{2}$ gezahlt. Die Arbeit wurde bereits am 18. Mai wieder aufgenommen.

In **Röbel i. M.** kam es am Montag, den 14. Mai, zur Arbeitseinstellung. Die Unternehmer konnten sich noch nicht entschließen, den geforderten Stundenlohn von 88 $\frac{1}{2}$ und die gefünftägige Arbeitszeit zu gewähren. Die Firma **Weher & Sohn** hat nachdrücklich die volle Forderung bewilligt und ist trotz der Arbeit wieder aufgenommen.

In **Schwerin i. M.** sind die Kollegen durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidschaft gezogen. Aufgefordert wurden sie die Unternehmer auf einen längeren Kampf ankommen lassen.

In **Güstrow** stellten die Bauarbeiter am Freitag, den 11. Mai, die Arbeit ein. Unsere Kollegen, die ebenfalls in Mitleidschaft gezogen wurden, bewahrten dann auch die Solidarität bis zum 13. Mai. Auf Drängen der Kollegen fand dann am 14. Mai eine Versammlung statt, die sich mit den Folgen des Bauarbeiterstreiks beschäftigten sollte. Die Güstrower Kollegen, die in den letzten Jahren mehrere Kämpfe geschlossen zu ihren Gunsten durchführten, ohne daß sich auch nur ein einziger Streikbrecher aus ihren Reihen fand, brachten es in dieser Versammlung fertig, die streikenden Bauarbeitern die Solidarität zu kündigen. Sie beschloßen auf Verlangen einiger Kollegen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Wie beschloßen, so geschah. Maurer holten sich selbst Material, ließen sich von Lehrlingen bedienen usw. Dadurch haben die Güstrower Maurer eine Leistung vollbracht, wie sie wohl bisher einzig bei uns da steht. Nachdem den Kollegen am 16. Mai vom Gauleiter das Schlußbild ihres Streikens vorgehalten wurde, ja sogar mit dem Ausschluss aus der Organisation gedroht werden mußte, fanden sich dann am Mittwoch Morgen (den 17. Mai) die Ausreißer sämtlich wieder ein. In einer weiteren Versammlung am 17. Mai wurde dann mit großer Majorität beschloßen, auch unsere gestellte Forderung zur Anerkennung zu bringen. Bis zum Sonnabend, 19. Mai, sollten sich die Unternehmer erklären. Es dürfte also am Montag zum offenen Kampfe kommen.

In **Neubukow** hatten die Kollegen den Unternehmer die Forderung auf 88 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn für Stabilität und 40 $\frac{1}{2}$ für Bandarbeit unterbreitet. Die Unternehmer haben nun kurz geantwortet, daß es eine Lohnerhöhung dieses Jahr nicht gäbe und jegliche weitere Unterhandlung zwecklos sei. Mit diesem Bescheid dürften sich die Kollegen jedoch nicht zufriedengeben.

In **Doberschau** ist die Lohnbewegung beendet. Es ist eine Lohnerhöhung von 40 auf 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde eingetreten. Auch der Unternehmer Minder, der sich erst weigerte, hat jetzt die Forderung anerkannt.

In **Naaburg** erklärten sich die Unternehmer bereit, vom 1. Juli an den Stundenlohn auf 40 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Dieses Angebot nahmen die Kollegen unter der Voraussetzung an, daß auch mit den Bauarbeitern eine Einigung stattfinden. Das ist nicht geschehen. Es erfolgte darauf am 15. Mai die Arbeitseinstellung der Bauarbeiter, wodurch die Kollegen in Mitleidschaft gezogen wurden. Da das Angebot der Unternehmer nur unter obiger Bedingung Annahme fand, beschloßen die Kollegen an ihrer vollen Forderung, 42 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, festzuhalten. Die Unternehmer sollen bis zum 19. Mai ihre Ansicht dazu äußern. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es hier am 21. Mai zur allgemeinen Arbeitseinstellung kommt.

In **Düdeldorf bei Lübeck** haben die Unternehmer unsere Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes von 40 $\frac{1}{2}$ auf 45 $\frac{1}{2}$ rundweg abgelehnt. Es dürfte auch hier am 21. Mai zum Streik kommen.

In **Gabelsch** forderten die Kollegen 85 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bei gefünftägiger Arbeitszeit. Es wurde aber nur eine Lohnerhöhung von 25 $\frac{1}{2}$ täglich erreicht, so daß bei 10 $\frac{1}{2}$ tägiger Arbeitszeit 8,50 Tagelohn gezahlt wird. Es war nicht möglich, hier mehr zu erreichen, weil uns noch fast die Hälfte der im Bezirk beschäftigten Kollegen fernhielt. In **Lübb i. M.** dauert die Aussperrung ununterbrochen fort. Zugang war bis jetzt nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer schufen jetzt selbst tüchtig im Schweiße ihres Angesichts.

Beendet ist die Lohnbewegung in **Penzlin**. Gefordert wurden 88 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und die gefünftägige Arbeitszeit. Auf dem Wege der Unterhandlung fand eine Einigung statt. Es wurde eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erreicht. Daß die gefünftägige Arbeitszeit nicht erreicht wurde, dürfte lediglich an der Mangel der Penzliner Kollegen liegen.

In **Dargun** bewilligten die Unternehmer die volle Forderung. Erreicht wurde die gefünftägige Arbeitszeit und 85 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Bisher war 82 $\frac{1}{2}$ bei 10 $\frac{1}{2}$ tägiger Arbeitszeit üblich.

Ueber den Unternehmer **Korff in Baage** ist die Sperre verhängt. Derselbe weigerte sich, die Vereinbarungen, die mit den anderen Unternehmern getroffen sind, anzuerkennen.

Die Sperre über den Unternehmer **Holborn in Sülze** in **Meddenburg** dauert ununterbrochen fort.

In **Waren** erreichten die Kollegen nach zweitägigem Kampfe eine Lohnerhöhung von 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Es wäre hier die volle Forderung erreicht worden, wenn die Kollegen nur noch einige Tage den Kampf weiterführten. Es hatten bereits sämtliche Unternehmer bis auf zwei, wozu auch nur einer für uns in Frage kam, die volle Forderung anerkannt. Ueber die Hälfte aller Kollegen arbeiteten bereits zu den neuen Bedingungen. Es soll noch ein Vertrag mit einer zweijährigen Gültigkeitsdauer ausgehandelt werden.

In **Ahrensbeck** fand am 18. Mai eine Unterhandlung statt, an der auch der Gauleiter teilnahm. Die Unternehmer erklärten sich bereit, vom 1. April 1907 an 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu gewähren. Da dieses für uns unannehmbar war, einigten sich die anwesenden Vertreter auf folgenden Vorschlag: Vom 1. Juni d. J. an wird der Stundenlohn von 42 auf 43 $\frac{1}{2}$ erhöht, vom 1. September d. J. auf 44 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 auf 46 $\frac{1}{2}$ bei 10 $\frac{1}{2}$ tägiger Arbeitszeit. Dieser Vorschlag bedarf noch der Annahme beider Körperschaften. Sobald die Zustimmung beiderseits erfolgt ist, sollen durch eine gemeinsame Kommission die näheren Vertragsbestimmungen festgelegt werden.

Gau Ost. In **Pr. Stargard** haben die Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Resultat geführt haben. Die Streikenden ermäßigten während der Verhandlung ihre Forderung auf 88 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn für 1906 und 40 $\frac{1}{2}$

für 1907. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit in diesem Jahre auf 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und 1907 auf 10 Stunden erklärten sich die Unternehmer einverstanden. Sie erklärten aber, in diesem Jahre nicht mehr als 36 $\frac{1}{2}$ geben zu können. Die Streikenden erklärten jedoch, unter das gemachte Angebot unter keiner Umständen heruntergehen zu können. Es zeigt gerade nicht von humaner Gesinnung, wenn die Arbeitgeber Mühsal und Schweiß erklären, nicht mehr als 36 $\frac{1}{2}$ zahlen zu können; das sind Leute, die infolge der bisherigen Indifferenz schwer reich geworden sind. Da die Streikenden alle abreisen werden, so dürften die Unternehmer sich doch bald nach Frieden sehnen.

In **Osternode** (Ostpreußen) ist es in letzter Woche zu einer Einigung mit den Innungsmestern gekommen. Die Herren, die vorher nichts mit dem Verbande zu tun haben wollten, sind eines besseren belehrt worden. In dem alten Vertrage, der von den Herren gebrochen wurde und noch für dieses Jahr Gültigkeit hatte, war eine 10 $\frac{1}{2}$ tägige Arbeitszeit und ein Lohn von 40 $\frac{1}{2}$ vorgehoben. In dem neuen Vertrage dürfte für dieses Jahr die Arbeitszeit dieselbe. Der Lohn wird auf 41 $\frac{1}{2}$ erhöht; für die nächsten beiden Jahre wird ein Lohn von 44 $\frac{1}{2}$ bei einer gefünftägigen Arbeitszeit gezahlt. Somit ist auch für Osternode die gefünftägige Arbeitszeit vertragsgemäß festgelegt. Voraussetzungsweise wird jedes Verhältnis zwischen der Innung und dem Verbands etwas besser werden als bisher, denn dies Beispiel, wie den Leuten doch beweisen haben, daß die Maurer auch eine Macht repräsentieren und nicht nur nach der Pfeife der Unternehmer zu tanzen haben.

In **Elbing** ist es auch zu einem Vertragsstich gekommen. Es ist ein Minimallohn von 48 $\frac{1}{2}$ bei gefünftägiger Arbeitszeit vorgehoben. Vorher bestand die elftägige Arbeitszeit und der Lohn wurde in drei Klassen von 36 bis 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt. Für viele Kollegen ist ein solches kein großer Lohnfortschritt zu verzeichnen. Der Erfolg liegt aber in der Einführung der gefünftägigen Arbeitszeit und in der Durchführung eines Minimallohnes. Dies haben die Elbinger Kollegen auch ein und nahmen das Angebot an. Der Lohnfortschritt wird sich besonders im Herbst und Frühjahr bemerkbar machen, denn diese Jahreszeiten nutzten die Unternehmer immer ganz gewaltig aus, die die Löhne zu drücken. Das ist jetzt nicht mehr möglich und somit auch der Hauptbelaub, woran die Elbinger Maurer solange gestritten, befristet.

In **Bandsburg** (Westpreußen), wo unsere Mitglieder einige Pfennige Lohn mehr verlangten, haben die Unternehmer unsere Kollegen ausgesperrt. Diese neue Melodie haben sie in Königs gelernt und sie nun in Bandsburg angestimmt, ob sie aber harmonisch ausklingen wird und in dem kleinen Bandsburger angebracht ist, wird sich bald herausstellen, denn allzu viele Streikbrecher werden sich bald nach den letzten Geboten der Unternehmer in Bandsburg sehnen.

Gau Berlin. Der Streik in Posen ist siegreich beendet! In der vorigen Nummer meldesten wir, daß die Unternehmer die Aussperrung aufgehoben hatten. Die Streikenden pflügen auf diese Maßregel und leuchten es ab, die Arbeit so ohne weiteres wieder aufzunehmen. In der am 12. d. M. abgehaltenen Versammlung der Aussperrten wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der Maurer nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes, die Aussperrung aufzuheben und am 14. Mai cr. die Maurer zu den alten Bedingungen und ohne Maßregelung in Arbeit zu nehmen. Die Versammlung akzeptiert denselben und beschließt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor nicht eine schriftliche Erklärung seitens des Arbeitgeberverbandes dahingehend gegeben ist, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit sofort gemeinsame Verhandlungen stattfinden, in denen ein Vertrag vereinbart wird, der für dieses Jahr eine Lohnerhöhung festlegt. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, dieselbe die nötigen Schritte sofort zu unternehmen.“

Am selben Tage ließ dann bereits eine Erklärung ein und die Kommission eilte sich mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, die Arbeit am Mittwoch aufzunehmen. Die am Dienstag, den 16. d. M., abgehaltene Versammlung der Aussperrten erklärte sich dann auch durch geheime Abstimmung dazu bereit. Für Aufnahme der Arbeit stimmten 288 und für Fortsetzung des Kampfes 90 Kollegen. Wie uns weiter mitgeteilt wird, hat die Kommission mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes unter dem Vorbehalt des Schlichters Radomski bereits am Donnerstag verhandelt. Als Ergebnis ist aus dieser Verhandlung zu berichten, daß als größte Errungenschaft die Festsetzung einer einheitlichen Lohnklasse beschlossen wurde. Für dies Jahr fällt die bisher unterste Lohnklasse von 49 $\frac{1}{2}$ fort; der Lohn beträgt bis zum 1. April 1907 50 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 52 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Es ist unseren Lesern bekannt, daß die Arbeitgeber die Unterzeichnung des bisherigen Tarifs auf weitere zwei Jahre verlangten, und daß der „Polnische Berufsverband“ denselben auch auf weitere zwei Jahre für Maurer und Zimmerer unterschrieb. Ferner unterschrieb den alten Tarif der Zentralverband der Zimmerer, der Christliche Verband und der Christ-Deutsche Gewerksverein für die Zimmerermitglieder, für die Maurer verweigerten die Christlichen und Christ-Deutschen die Unterschrift und harrten bis zum Schluß der Aussperrung mit unserem Verbände aus. Die Unternehmer hofften während des ganzen Kampfes, daß die letzten beiden Organisationen auch für die Maurer unterschreiben würden, aber vergebens. Waren die drei Organisationen konsequent gewesen und hätten den Vertrag auch für die Zimmerer nicht unterzeichnet, so wäre der polnische Verband haltlos geblieben und der Kampf hätte nicht nur nicht solange gedauert, sondern die Errungenschaften würden auch größer gewesen sein. Die Schuld an dem langen Kampfe trägt auch der Zentralverband der Zimmerer, der erst mit unserer Taktik einverstanden war.

Am Dienstag, den 22. d. M., finden nun die beschlossenen Verhandlungen statt, die jedenfalls das Ergebnis der Verhandlungen annehmen werden. Es hätte vielleicht mehr erreicht werden müssen; steht man aber den Kampf näher an, so muß man zugeben, daß er unter sehr erschwerenden Verhältnissen geführt werden mußte. Auf der einen Seite eine geschlossene Organisation der Unternehmer und auf der Seite der Gesellen vier Organisationen, wovon die eine schon vor Ablauf des alten Vertrags unterzeichnete und nicht nur als Streikbrecher fungierte, sondern noch versuchte, solche von auswärts heranzuführen. Den Posener Maurern empfehlen wir den Arbeitgeberverband als Vorbild. Diese Herren waren sich einig; ob

der Streik beschlossen werden, da uns die Untertanen aller Gewalt einen vierjährigen Vertrag wollten. In diesen vier Jahren sollte der Mindestlohn von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht werden. In diesen vier Jahren sollte zwar die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden, dafür aber das Samstag wie bisher um 5 Uhr, erst um 6 Uhr Feierabend sein. Nach den Vorarbeiten der hohen Festtage war gleich der Menschengedanken um $\frac{1}{4}$ Uhr Feierabend und um 6 Uhr gearbeitet werden. Ganz abgesehen von diesem vierjährigen Vertrag, würde also mit der and

... ..

Trachenberg 10 E a 150 A. Leipzig 400 B a 45, 50 B a 55. Trichs 10 E a 50. Trich 400 B a 40. Trich 10 E a 50, 50 A a 25. Trichs 10 E a 50. Teltow 10 E a 150. Teltow 1000 B a 40, 200 A a 25.

Ulm 100 E a 50 A, 80 E a 150. Werden 100 B a 45 A, 100 A a 25. Welfert 50 E a 50, 10 E a 150. Wilsdorf 200 B a 30, 50 E a 100, 100 K a 10. Wegelad 80 E a 50. Wandsburg 200 B a 30, 100 K a 10. Warel 400 B a 40, 200 L a 30.

Werdau 1000 B a 35, 50 E a 50. Westertam 20 E a 50. Wilhelmshagen 50 E a 50. Worms 100 A a 25, 2400 B a 45. Wölfs 400 B a 35, 50 B a 55, 20 E a 50. Waltersdorf 100 B a 60. Wernsdorf 400 B a 45, 20 E a 50. Wilsen a. d. Aller 400 B a 40, 5 E a 50, 5 E a 150. Wolberg 200 A a 25. Wittmund 200 B a 60, 200 K a 10, 20 E a 50. Wurzen 5 E a 150. Walsheim 20 E a 50. Werder 1200 B a 50. Wolfenbüttel 600 B a 50, 800 B a 45, 200 B a 40, 5 E a 150. Woldeg 10 E a 50. Wiesbaden 2000 B a 55. Wilsen (Ruhe) 200 B a 65. Wilsen 800 B a 35. Wilsenfeld 10 E a 60, 6 E a 150. Wilsenhausen 18 E a 50. Waren 600 L a 10. Welsch 200 B a 45, 15 E a 50. Weiba 2 E a 150.

Weser 10 E a 50 A. Wels 50 A a 25. Wilschau 800 B a 30, 10 E a 50, 100 A a 25. Witten 5000 B a 35, 80 E a 150. Witten 10 E a 50. Witten 10 B a 35, 6 E a 150. Witten 3000 B a 35. Witten 400 B a 30, 5 E a 150. Witten 200 B a 35, 200 A a 25. Witten 10 E a 150.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingehandt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitglieder der Kollegen: Peter Jakob I. Mannheim (Verb.-Nr. 285 414), August Göttinger-Frankfurt a. M. (273 088), P. J. Staub-Göteborg (346 869), Karl Wegener-Hameln (366 502), Karl Schöber-Steinach (278 778), Aug. Kische-Hildesheim (19 191), Christ. Hartung-Salungen (224 120), Johs. Teichmüller-Salungen (289 250), R. Nielsen-Sonderburg (200 688), Joh. Danter-Hensburg (68 447), Wils. Schürmer-Hamburg (83 104), Frdr. Ernst-Hamburg (231 802), Rud. Schwaab-Waldenburg (251 836), Joh. Meier-Dortmund (147 577), Anton Burget-Rattowig (380 768), Otto Steinleber-Falkenstein (36 101), Ernst Klamortz-Derenburg (33 589), Franz Jolius-Riel (307 975), Herm. Baasch-Schwaan (99 896), J. Sieg-Schwaan (99 784), Georg Weigand-Hensburg (168 778), Walter Franz-Berlin (258 632), Aug. Göttinger-Berlin (8744), W. Wend-Reinisch (127 844), Pietro Maria-Sera (339 699), Joh. Drab-Rattowig (345 336), Dummann-Wadon (57 266), Jul. Appel-Baumwäcker (221 767), Hans Emmert-Münster (304 328), Karl Köpfer-Zweindau (154 960).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein G o l l o w: Karl Moskowsky (Verb.-Nr. 72 318), Franz Witting (72 360), P a r d i m: Ehlers (123 801).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein L e b r t e: Heinrich Dieß (Verb.-Nr. 106 307), geboren am 25. März 1877 zu Heide.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Dieß bekannt ist, werden ersucht, dem Vorstande des Zweigvereins Lebrte oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagvormorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüsse und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagvormittags in unseren Händen sind.

Bunzlau. Am 15. Mai tagte im Gasthof „Zur Stadt Bunzlau“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die einen guten Besuch aufwies. Auf der Tagesordnung stand die Beratung eines Lokalarbites, der fast ganz in der vom Vorstand beschlossenen Form angenommen wurde. Nur über die Lohnklausel entspann sich eine rege Debatte, deren Ergebnis folgendes war: Vom 1. Juli 1906 bis 1. April 1907 soll der Stundenlohn 38 A und vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 40 A betragen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, den Tarif den Unternehmern zu unterbreiten und am 22. Mai die Antwort darauf einzuholen. Kollege Taubadel aus Görlitz schickte in seinem Schlusswort die Lohnklausel in unseren Nachbargebieten und forderte die Kollegen auf, den guten Geist, den die Versammlung zeige, auch im Laufe der Bewegung zu wahren.

Greifels. Unser Zweigverein hielt am 6. Mai seine regelmäßige Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse v. d. Berg einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Gewerbesteuer. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht von der Konferenz in M.-Glabach; diese fand am 29. April statt, und war von sechs Mitgliedern resp. Delegierten des Zweigvereins Greifels und von sieben von M.-Glabach besucht. Der Zweck derselben war, für das Gebiet Greifels-Glabach einen Kollegen gemeinsam als Agitationsleiter außer Arbeit zu nehmen. Aus der Wahl ging der Kollege Schöder hervor. Sodann gab Kollege Rott den Bericht über seine Tätigkeit. Er war fünf Wochen lang zur Agitation freigestellt worden. Für diese Freistellung war das Resultat freigestellt worden. Es wurden in dieser Zeit 80 Neuaufnahmen gemacht, wovon der vierte Teil A. 1.50 Eintritt zahlte. Den größten Anteil hat Bielefeld, wo die Kollegen jetzt in Bewegung stehen. An Werten habe sich die Bielefelder gezeigt, was planmäßig, zielbewusste Agitation vermöge. Rund 80-90 der dortigen Maurer seien jetzt dort organisiert, wo vor einem Jahre noch keine Spur von Organisation vorhanden war. Auf die Stadt Greifels entfallen laut Statistik 27 unorganisierte. Kollege Schöndorfer be-

tragte, dem Kollegen Rott Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah. Kollege Schöndorfer wurde als Mitglied der Leberwahrungskommission für den Beamteten gewählt und beehrte hierauf über eine Sitzung mit der Innung. Der Vorsitzende der Innung, Brühns, verdient es, als Muster eines tarifreuen Unternehmers zu gelten; er sagte wörtlich: „Und wenn heute ein Brief von unserer Innung kommt, Euch auszusperren, so tun wir es.“ Darauf fragte ihn Kollege Schöndorfer: „Trotz des bestehenden Tarifs?“ „Zweifellos“, antwortete Brühns, „trotz des bestehenden Tarifs.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. — Eine merkwürdige Rolle spielt auch der freigestellte Dieß von den „Christlichen“; der läuft den Unternehmern die Bude ein, um Beiträge abzuschießen. Die Bielefelder Unternehmer wollten uns den Glabacher Tarif der „Christlichen“ (46 A Lohn und 10 1/2 stündige Arbeitszeit) aufzwingen, wozu unser Bielefelder aber keine Lust zeigte. Wiersen ist eben nicht wie das, die bekannte Arbeiter-Organisation, die Bielefelder Glabach; der Arbeitergeist ist dort etwas besser entwickelt. Christlich organisiert, aber ehrliche Männer haben schon ganz unchristliche Worte über Dieß hören lassen; von „ungebrannter Asche“ hörten wir einen christlichen Kollegen reden. Jedenfalls nicht ganz unberechtigt, denn die Schächten müssen ja ihre Stützen kennen.

Dresden. Donnerstag, den 10. Mai, tagte im „Lionen“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung. Kollege Bürger gab zunächst die Namen der verstorbenen Kollegen bekannt; zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Sodann referierte Genosse Riem über: „Welt-politik und Arbeiterklasse“; sein 14 stündiger Vortrag fand reichen Beifall. Hierauf wurde die Quartalsabrechnung vorgelesen und auf Antrag dem Kassierer Entlassung erteilt. Zum Punkt „Gewerkschaftliches“ berichtete Kollege Barth über die Lohnbewegungen. Daraus ist hervorzuheben, daß die Unternehmer auf den Schandbau Streik mit der Ausweisung aller Arbeiter in der Antisozialistischen Partei gewantwortet haben. Der Kampf ist heiß; es wird hüten wie drüben mit Erbitterung gekämpft, auch ist ein Teil der Schandbauer Kollegen verhaftet. Die internationalen Dresdner Streikbrecher äßen sich im Revolvergeheiß und die Polizei läßt das zu. Weiter wurde die Ende April. aufgenommenen Statistik bekannt gegeben; daraus geht hervor: Es arbeiten im Stadtgebiet Dresden 1249 Maurer, 112 Poliere, 77 Lehrlinge, 90 Kollegen arbeiten in Afford, davon 88 und 8 mauern in Afford. Bauten sind 146 vorhanden; im Aufschuß und Wabruch sind 14, im Grunde 15, Parterre 9, erste Etage 9, zweite Etage 5, dritte Etage 2, Dachausbau 13, im Bug 17, Reparatur und Ausbau 62. Bei Unternehmern, die dem Arbeitgeberverbande angehören, arbeiten 751 Kollegen, bei Spekulanten und unorganisierten Baumweibern arbeiten 493. Der Vertragslohn, 55 A pro Stunde, wird auf allen Bauten bezahlt, ebenfalls wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingehalten; nur einige unorganisierte Schandwerkmänner arbeiten 10 Stunden und erhalten auch weniger Lohn. Die Statistik zeigt, daß die Baukonjunktur in Dresden die denkbar schlechteste ist. Vor zehn Jahren (1896) arbeiteten hier 3800 Maurer. In der ersten und zweiten Zone, wozu 78 Ortschaften gehören, ist die Baukonjunktur ebenfalls nicht befriedigend. Es arbeiten in den betreffenden Orten 319 Maurer, 36 Poliere und 29 Lehrlinge auf 45 Bauten. Der Vertragslohn, welcher in der ersten Zone 53 A, in der zweiten Zone 49 A pro Stunde beträgt, wird bezahlt; auch wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingehalten. Kollege Neumann ersuchte die Kollegen, sich recht zahlreich an der am Himmelfahrtstage stattfindenden Schweißpartie zu beteiligen. Kollege Hallenbeck bringt eine Resolution ein, worin den Vertrauensleuten der schärfste Tadel ausgesprochen wird wegen ihrer Haltung zur Polizei, indem sie keine Versammlung stattfanden und auch kein Flugblatt an die Kollegen verstreut worden ist. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, nach welcher die Resolution von der Versammlung abgelehnt wurde. Nach dreistündiger Dauer schloß Kollege Bürger die Versammlung.

Erfurt. Eine am 3. Mai hier abgehaltene kombinierte Versammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer nahm Stellung zu der Maßregelung eines Zimmerers in dem Bau-geschäft des Maurermeisters K. Walther, sowie zur Mitein-haltung der tariflichen Vereinbarungen und der Herausgabe der schwarzen Listen. In dem Geschäft des Maurermeisters Walther sollten zwei Zimmerleute entlassen werden, weil sie das in dem Geschäft auf der Tagesordnung stehende Ueberflutungsweisen montiert hatten. Durch Umfrage des Betriebsinhabers war der Entlassene als benjamine bezeichnet worden, der der Sanftmütigkeit und Aufwieglerei lie. Der Betriebsinhaber hatte erklärt, solche Leute würde er niemals in seinem Geschäft dulden. Die Zu-fälle in dem Geschäft machten es unbedingt notwendig, daß dazu eine scharfe Stellung genommen wurde, zumal der vorge-nannten Fälle mehrere zu vergleichen waren und das Bau-belegierten zur Unmöglichkeit gemacht war. Auf Grund der vorgenannten Maßregelung war eine Kommission, bestehend aus den Vorsitzenden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, bei dem Betriebsinhaber vorstellig geworden. Sie wurde, ohne gehört worden zu sein, strikte abgewiesen. Dadurch war eine Regelung im guten verbinde worden. Die daraufhin bei dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes eingereichte Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen. Eine am 28. April abgehaltene Zimmererverversammlung nahm nun Stellung zu der Angelegenheit und faßte den Beschluß, daß unter Stellung eines Ulti-matums innerhalb zweier Tage eine gemeinschaftliche Sitzung der beiderseitigen Ausschüsse stattfinden habe. In der daraufhin abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung vom 26. April wurde beschlossen, daß sämtliche gemäßigten Zimmerer wieder eingestellt werden sollten. Durch den gestrigen Beschluß glaubten beide Teile die Angelegenheit für erledigt, sofern Herr Maurer-meister K. Walther, der durch seinen Kompagnon vertreten war, seine Zustimmung geben würde. Diese erfolgte aber nicht. Vielmehr erklärte dieser, daß er kein Bedürfnis habe, Zimmerer wieder einzustellen, da er seine sämtlichen Zimmerarbeiten ver-geben habe. Entgegen dieser Erklärung stellte er jedoch Zimmerer ein, sofern diese nach Kenntnisnahme der Angelegenheit noch Lust verspürten, daselbst in Arbeit zu treten. Auch wurden in auswärtigen Wäldern Zimmerer für dieses Geschäft gesucht. Daraufhin wurde von den Zimmerern die Sperre über dieses Geschäft verhängt. Die Antwort der Geschäftsinhaber war die Herausgabe der schwarzen Listen, wodurch die ausständigen Zimmerer, die anderweitig untergebracht waren, wieder außer Arbeit kamen. Nun sahen sich die anderen Verfe der ebenfalls veranlaßt, Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, da auch ihre Interessen gefährdet waren. Es wurde nunmehr in der

unter vorstehendem Datum angegebenen Versammlung von den Maurern mit 366 gegen 33 Stimmen und von den Bauarbeitern mit 114 gegen 1 Stimme über dieses Geschäft ebenfalls die Sperre verhängt. In einem daraufhin von dem Arbeit-geberbunde am 7. Mai eingegangenen Schreiben ersuchte dieser um Aufhebung der Sperre, indem versprochen wurde, die Zimmerer des Maurermeisters Walther bei einem anderen Unternehmer in Arbeit zu bringen. Das geschah jedoch den tariflichen Verufen nicht, sondern es wurden Gegenbedingungen gestellt, und zwar: Anerkennung und Durchführung der tariflichen Vereinbarungen und gestaffelten Beschlässe; Einstellung sämtlicher Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, soweit sie noch außer Arbeit stehen; Entfernung der „Arbeitswilligen“ aus dem Poliers Banter, der durch sein gänzlich unkorrektes Verhalten es veranlaßt, daß die Maßnahmen ergriffen werden mußten; Beseitigung des Flaschenbierhandels auf den Bauten. In einer am 10. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer wurden die gestellten Be-dingungen genehmigt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung der tarifierten Bau-berufe erklärt sich mit dem dem Arbeitgeberbunde zugesellten Schreiben in allen Punkten einverstanden und bezeichnet die Schritte des Ausschusses als die dem Antwortschreiben des Arbeitgeberbundes entsprechende.

Gießen. Samstag, den 5. Mai, tagte hier eine außer-ordentliche, sehr gut besuchte Versammlung. Von dem Vorstande wurde der Bericht gemacht, der seitigeren Aufschlagsbeitrag von 6 auf 10 A zu erhöhen. Kollege Schlittmann aus Frank-furt a. M. legte in kurzen Worten den Bericht dar, der durch solche kleine Opfer erzielt wird. Nachdem noch einige Kollegen dafür gesprochen hatten, wurde der Voranschlag gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt erstattete der Vorsitzende den Bericht der Schlichtungskommission. Er gab bekannt, daß am 2. April eine Sitzung der Schlichtungskommission getagt hat. Die Unterhandlungen verliefen zu Gunsten der Kollegen. Dann wurde noch über einen Polier gefragt, der die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Vieh behandelt. Es wurde betont, daß wir uns eine solche Behandlung unter keinen Um-ständen mehr gefallen lassen könnten. Die Maurer von Gießen und Umgegend würden es vermöge ihrer Einigkeit fertig bringen, einem solchen Menschen das Handwerk zu legen. Es wurde weiter noch konstatiert, daß derselbe Polier im Jahre 1902 den Unternehmern geraten habe, den Leuten weniger Lohn zu geben, er würde doch Leute genug bekommen. Es ist kaum glaublich, daß es heute noch Arbeiter gibt, die mit ihren Mitmenschen so verfahren, zumal ein Polier doch auch nur ein Arbeiter ist, der von seinem Lohn leben muß und der Polier doch denselben Vorteil von einer Lohnherhöhung hat, wie der Arbeiter.

Schönebeck. Unsere Lohnbewegung in diesem Jahre scheint abgeschlossen zu sein. Wir haben dabei einen größeren Erfolg erzielt, als die Unternehmer gedacht haben mögen. Bis her stellten sich die Unternehmer auf einen schroff abweisenden Stand-punkt und niemals war es uns möglich, solange unser Zweig-verein besteht mit ihnen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln zu können; immer ließen sie unsere Forderungen unbeachtet und spielten sich auf den Bauten als Balak auf. Daß wir früher mit unseren Forderungen keine Beachtung fanden, mag auch wohl darin seinen Grund haben, daß wir jedesmal zur ungeeigneten Zeit vorgegangen sind, weil wir uns über die Konjunktur nicht recht klar waren. Die Unternehmer hielten recht oft mit der Arbeit zurück, oder gaben an, nur einige Wohnhäuser zu bauen zu haben, wodurch wir sehr häufig gelauscht wurden. Jetzt aber, wo die Bau-tätigkeit hier in vollster Blüte steht, war eine Forderung nicht mehr möglich. Wir entschlossen uns denn auch kurz, stellten unsere Forderung auf, reichten sie bei den Unternehmern ein und verlangten innerhalb acht Tage Antwort, widrigenfalls die Arbeit eingestellt werden würde. Darob erhoben die Unter-nehmer natürlich ein großes Geschrei, doch als sie unsere feste Entschlossenheit sahen, schrieben sie, daß sie zu Unterhandlungen geneigt seien. Die Unterhandlung hat denn auch stattgefunden und ist dabei folgendes Resultat erzielt worden. Der Stunden-lohn von 40 A wird bis zum 1. Juli d. J. auf 42 A erhöht, er beträgt dann vom 1. Juli d. J. bis zum 1. April n. J. 42 A und vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 45 A. Dieses Resultat ist der Gümigkeit der Kollegen zu danken, die in der Zeit von 1902 bis jetzt tüchtig gelernt haben.

Waldheim. Montag, den 7. Mai, beschäftigte sich eine sehr stark besuchte Maurerverammlung mit der Frage: „Wie stellen sich die Waldheimer Maurer zur Durchführung ihrer eingereichten Forderung?“ Kollege Verthols aus Leipzig führte den Kollegen in kurzen, aber treffenden Worten klar vor Augen, wie notwendig und gerecht ihre Forderung unter den jetzigen Lebensverhältnissen sei. Redner machte der Versammlung den Vorschlag, den Unternehmern nochmals die Hand zu bieten, um auf gutlichem Wege ihre Forderung zu erlangen. Den Aus-führungen des Kollegen Verthols folgte großer Beifall. Nach längerer Debatte erfolgte die Annahme des Vorschlags. Sollten die Unternehmer die Forderung, die eine Verbesserung des Stundenlohnes von 33 auf 38 A befragt, nicht bewilligen, so wird ein Streik der Waldheimer Maurer unvermeidlich sein.

Waldenburg i. Schl. Mittwoch, den 9. Mai, tagte hier im „Schützenhaus“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Als Referent war Kollege Lentow aus Breslau erschienen. Er berichtete in einer längeren, mit großem Beifall auf-genommenen Rede den ungenügenden Bauarbeiterlohn und wies zahlenmäßig nach, daß jährlich Tausende infolge mangelhafter Gerüste und des Fehlens der Schutgerüste u. dgl. verunglücken. Da die Staatsregierung nichts unternimmt, diesen furchtbaren Missetaten Einhalt zu tun, so bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig als sich zu organisieren, um mit Hilfe einer starken Organisation Abhilfe zu schaffen. In der Diskussion konnte fast jeder Kollege aufstehen, wie schlecht es hier noch mit dem Schutgerüste aussehe. Die Verhandlungen liefen fast ganz passiv, einem Kollegen einmal ein Unfall, so muß ein Stück von einem Kleidergeschäft abgerissen werden, um die Wunde zu verbinden. Sodann wurde über die notwendig gewordene Beitragserhöhung diskutiert und dieselbe beschlossen. Nach einer Darstellung der letzten Vorgänge in Breslau durch den Kollegen Fährle, wo ausgeperrte Arbeiter von der Schut-mannschaft attackiert und zum Teil schwer verletzt wurden, erhoben sich die Kollegen zu Ehren der Verletzten von ihren Plätzen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen-

Reinhold, die Kollegen möchten auch am hiesigen Orte im Verein mit der Ortsverwaltung für besseren Bauarbeiterlohn sorgen, schloß Kollege Fülle mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Auszug aus dem Protokoll des Einigungsamtes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. (Sitzung am 5. Mai 1906 in Essen.)

Anwesend: Beigeordneter Dr. Wiedfeldt als Vorsitzender, Verbandsdirektor Schmiedehaus und drei Bauunternehmer als Vertreter der Unternehmer, sowie vier Bauleiter der beteiligten Gewerkschaften.

Zu Punkt 1 wurde festgestellt, daß in der am 2. April d. J. stattgefundenen Sitzung des Einigungsamtes mit ausdrücklicher Zustimmung der Vertreter des Arbeitgeberbundes zu § 3 Absatz 8 der Arbeitsordnung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk folgende authentische Interpretation gegeben hat: „Im allgemeinen ist das Fehlen von Material kein Grund, den Arbeiter sofort ohne Kündigung zu entlassen. Nur wenn der Unternehmer durch Naturereignisse oder andere durch kein Zutun unabwendbare Zufälle an der Beschaffung des Materials verhindert ist, sind die Voraussetzungen, die eine sofortige Entlassung berechtigen, gegeben.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Antrag der Schlichtungskommission für Maurer in Essen vom 12. April 1906, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die 80 pSt. des verdienten Lohnes für sechs oder neun Tage ausbezahlt werden sollen, wird beschlossen: Die Beschäftigung über den Antrag wird vertagt. Die Mitglieder des Einigungsamtes werden Informationen darüber einholen, ob und in welchen Gebieten in der Praxis die 80 pSt. Abzahlung für sechs oder neun Tage gezahlt worden sind.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Antrag derselben Kommission, Bestimmung dahin zu treffen, daß auch der Arbeitgeber gehalten ist, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses einen Tag vorher mitzuteilen, wird beschlossen: Eine Beschäftigung hierüber erstirbt sich mit Rücksicht auf § 122 der Reichs-Gewerbeordnung, wonach die Auflösungsfrist für beide Teile gleich sein muß.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, Antrag des Arbeitgeberbundes auf Regelung der Lohnverhältnisse im Plattenlegergewerbe zu Dortmund und Essen, wird beschlossen: Das Einigungsamt hat grundsätzlich keine Bedenken, den bestehenden Tarif auf das Plattenlegergewerbe auszuweiten, zumal Arbeitgeber wie Arbeiter des Plattenlegergewerbes bereits den betreffenden Organisationen der Vertragsparteien angehören. Zur Regelung dieser Angelegenheit soll am 15. Mai eine Sitzung im Rathaus in Essen unter Beteiligung der Beteiligten beider Parteien stattfinden. Die anwesenden Vertreter der einzelnen Organisationen übernehmen es, die Beteiligten zu diesem Termine zu laden.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, Beschäftigung über den vereinbarten Tarif für Zinkstaken und Längende sowie für Dörsten, wird beschlossen: Den im Lokalrat in Zinkstaken am 30. April 1906 vereinbarten Verträgen wird zugestimmt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung, Antrag des Arbeitgeberbundes um Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Rhein- und Vorgarten, wird beschlossen: Das Einigungsamt hat gegen die Ausdehnung des Vertrages auf diesen Gebiete keine Bedenken. Zur Regelung dieser Angelegenheit soll am 15. Mai eine Sitzung im Rathaus zu Essen stattfinden, zu der die Beteiligten von den einzelnen Organisationen geladen werden sollen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung, Antrag der Schlichtungskommission Lünen vom 25. April d. J., den Ort Brambauer dem Lohngebiete zuzuwenden und den Lohn für Brambauer mit dem für Wengde gleichzustellen, wird beschlossen: Aus grundsätzlichen Bedenken erklärt sich das Einigungsamt im Interesse der Stabilität der geschlossenen Verhältnisse gegen eine Veränderung in der Abgrenzung der Lohngebiete, wie sie durch den Vertrag festgelegt sind. Die Schlichtungskommission Lünen soll jedoch ersucht werden, die Angelegenheit in einer Sitzung nochmals zu beraten, die Eingabe von Wahlprüfungen und damit die Ausdehnung eines neuen besonderen Lohngebietes zu erwägen und damit dem Einigungsamt einen neuen Antrag einzureichen.

Beschlüsse außerhalb der Tagesordnung: Von dem Beschlusse der Schlichtungskommission Homburg-Gochelbe-Wörs, wonach eine gegenseitige Räumigung für dieses Lohngebiet ausgeschrieben ist, wird Kenntnis genommen.

Auf Anregung eines Mitgliedes des Einigungsamtes soll die Schlichtungskommission Lünen um Auskunft darüber ersucht werden, ob in dem Lohngebiete Lünen befristete oder unbefristete Räumigung besteht, und gegebenenfalls welche.

Auf die Anfrage des Obmannes der Schlichtungskommission Hagen vom 4. Mai d. J., betreffend Einreichung der Osterfeiertage in die Probezeit, wird auf den Beschluß des Einigungsamtes vom 21. Oktober 1905, wonach unter der in § 7 des Arbeitsvertrages vom 31. August 1905 vereinbarten Probezeit sechs volle Arbeitsstage zu verstehen sind, verwiesen.

Derselbe Obmann soll auf die Anfrage vom gleichen Tage, betreffend verspätete Auszahlung von Entlassungspapieren durch einen Unternehmer in Hagen, ersucht werden, wegen der geltend gemachten Entschädigungsansprüche die Schlichtungskommission Hagen anzurufen und, falls hier eine friedliche Lösung nicht zu finden sein sollte, ihm anzuzeigen, die Ansprüche auf dem vorgeschriebenen Rechtsweg zu verfolgen.

Derselbe Obmann wird auf die weitere Anfrage wegen zu geringer Entlohnung italienischer Maurer während der ersten sechs Arbeitsstage auf den Beschluß des Einigungsamtes vom 13. Dezember 1905, nach dem während der sechs ersten Probezeit mit Ausnahme der invaliden und jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre sowie für Junggeheilen im ersten und zweiten Gesellenjahre der tariflich festgelegte Arbeitslohn zu zahlen ist, hingewiesen.

Auf die weitere Anfrage desselben Obmanns, betreffend Niederlegung der Arbeit von italienischen Maurern in Haspe, soll ihm mitgeteilt werden, daß, falls der Vertrag vom 31. August 1905 entgegen der Vorchrift des § 10 Absatz 2 in der Baubau nicht ausgehängen hat, auch den Arbeitern auf irgend eine andere Art nicht zugänglich gemacht worden ist, die Arbeiter zur Eingaltung der Räumigungsfrist nicht verpflichtet waren.

Der von dem Obmann der Schlichtungskommission Hagen zur Kenntnis des Einigungsamtes gebrachte Fall, betreffend den Unternehmer Fischer in Hagen, wird zunächst an die dortige

Schlichtungskommission mit dem Ersuchen um gütliche Regelung verwiesen.

Der Vorsitzende der Schlichtungskommission kann generell nicht angewiesen werden, alle eingehenden Beschwerden gemeinschaftlich mit dem Obmann der Schlichtungskommission anständig mit dem Unternehmer zu erledigen. Es muß dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission überlassen bleiben, zu bestimmen, ob er auf mündlichem oder schriftlichem Wege die Beschwerden zur Erledigung bringen will. In die vorgeschriebenen Fristen ist er selbstverständlich in allen Fällen gebunden.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 13. bis 19. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hildorf M. 800; Garburg 400, Halle a. d. S. 400, Friedbergberg 400, Dresden 400, Spanbau 600, Königslager L. Pr. 250, München 200, Hamburg-Eppendorf 200, Dönszig 200, Cassel 150, Wandsbeck 150, Wittenau 100. Summa M. 4150.

Zufüsse erhielten: Schornbach M. 400, Sittigart 300, Witten 100, Worms 150, Leipzig 100, Götting 100, Cannstatt 100, Thelma 80, Rutter a. Vbg. 50. Summa M. 1480.

Altona, den 19. Mai 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterlohn, Submissionen etc.

(Die Gewerkschaften werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Ankündigung der Begleitumstände und der überföhrbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterlohnbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Elbing. Einen Todessturz machte der Maurer Schaffner, der bei dem Schornsteinbau der neuen Schiffschiffen elektrischen Zentrale beschäftigt war. Bekanntlich sind die Schornsteinmaurer Spezialisten, weil sich nicht jeder Maurer für diese Arbeiten eignet. Schaffner stammte aus Verla in Hessen und war von einem hannoverschen Schornsteinbau-Unternehmer nach Elbing geholt worden. Der junge Mann — er war einige jüngere Jahre alt — wollte nun, nach der „Elb. Ztg.“, den umliegenden seine besondere Gewandtheit zeigen, indem er mit einer Hand die Steigeisen emporstreckte und die andere Hand in die Höhe stützte. Anfangs ging die Sache auch ganz gut. Plötzlich glitt Schaffner aber aus; er konnte nicht mehr schnell genug die andere Hand zu Hilfe nehmen. Aus einer Höhe von 24 m stürzte er ab und war bald darauf eine Leiche. Man brachte ihn in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses. Der junge Kollege hat seine Gittelfest teuer bezahlen müssen.

Essen. Samstag, den 19. Mai, brach auf dem Neubau des Bauunternehmers Schramm in Altesseffen das Gerüst zusammen, wobei der Kollege W. Szepaniak einen Oberschenkel- und doppelten Beinbruch erlitt. Ein Bauhilfsarbeiter kam mit einzelnen Gutsachtführungen davon. Der Unfall ist auf mangelhaftes Gerüst zurückzuführen.

Essen-Vollrath. Am 11. Mai führte an den Neubauten der Kolonie Eigen in Vollrath ein Maurer von der zweiten Etage in den Keller und trug schwere, unerwartete Verletzungen davon. Es muß aber konstatiert werden, daß die Balkenlagen des 1. Stockes nicht abgedeckt waren. Die ausführende Firma ist Klüßner von Oberfeld.

Wesbaden. Am 10. Mai fiel an einem Neubau an der Postmeisterstraße ein Balken durch einen Rehtritt circa 6 m hoch ab und erlitt eine Fußverletzung, so daß er mittels Droste in die Wohnung seiner Eltern verbracht werden mußte. — Am 17. Mai, kurz nach 1 Uhr Mittags, stürzte am Neubau Sonnenbergstraße 8 eine Erdwand von 4,50 m Höhe und circa 8 m Breite plötzlich zusammen und begrub drei Maurer, die gerade damit beschäftigt waren, das Fundament auszumauern. Die Verunglückten wurden von den anderen Kollegen rasch aus den Erdmassen befreit und durch die herbeigerufenen Sanitätsleute nach dem städtischen Krankenhaus überführt. Der 19 Jahr alte Kollege Gustav Fey aus Kesselbach verstarb kurz nach der Entlieferung in das Krankenhaus, während der Kollege Karl Müller aus Gelsdorf, der innere Verletzungen davongetragen hat, im Krankenhaus verbleiben mußte. Der Kollege Heinrich Maurer, der nur leichte Verletzungen erhalten hatte, konnte seinen Heimatort Kloppeheim aufsuchen. Schuld an dem Zusammenbruch war der Umstand, daß die circa 6 m lange Wand senkrecht 4,50 m tief ausgegraben und unter der Kellerbohle noch etwa 30 cm untergraben war, ohne nur in irgend einer Weise abgestützt zu sein. Wen die Schuld an der Unterlassung der Vorsichtsmaßregel trifft, wird die Untersuchung noch ergeben. — Am Bahnhofsbau, in Ausführung der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, Frankfurt, waren am 18. Mai einige Maurer damit beschäftigt, ein Gerüst abzubauen. Beim Ablassen einer Gerüststange kam eine Gerüstbohle, die jedenfalls nicht in der richtigen Weise befestigt war, ins Wackeln und fiel einem unten beschäftigten italienischen Arbeiter aus einer Höhe von etwa 14 m auf den Kopf und zertrümmerte ihm die Hirnhäute. Durch die Sanitätsmaße wurde der schwerverletzte Arbeiter nach dem Krankenhaus gebracht, starb aber schon auf dem Transport. Es ist nur ein Wunder, daß an dem Bahnhofsbau nicht schon mehr Unglücksfälle passiert sind, da ein großer Teil der dort beschäftigten Maurer vor lauter Afford- und Überdrußmüdigkeit gegen die Unfallverhütungsmaßnahmen völlig abgestumpft ist und nur Sinn dafür hat, recht viele Stunden zu arbeiten.

Aus anderen Berufen.

* Die Hamburger Stukkateure und Gipser haben sich durch einen mehrwöchigen Streik die achtstündige Arbeitszeit erkämpft. Vor einigen Tagen noch wollte die Baugewerksinnung „Bauplätze zu Hamburg“ den Gipser

meistern mit allen Machtmitteln zu Hilfe kommen. Alle Unternehmer der Gips- und Stuckbranche, die die Forderung der Streikenden bewilligten, sollten dann den Herren Baumeistern hochgelobt und in Acht und Bann getan werden. Unter anderem wurde am 14. Mai folgendes Zitatlar an die Innungsmitglieder versandt.

„Sehr bringlich! Bei dem Streik der Gipsergesellen, Stukkateure und Bauplätze sind die Wände des ganzen hamburgischen Baugewerkes und darüber hinaus auf die Stellung der Bauhütte gerichtet. Es ist unzweifelhaft, daß die Generalübernehmer eine große Verantwortung dafür tragen, daß die neunstündige Arbeitszeit auf den Bauten erhalten bleibt. Die Generalübernehmer haben deshalb unbedingt darüber zu wachen: 1. daß auf ihren Bauten weder durch Gipser noch durch Stukkateure Arbeiten unter Verstärkung der Arbeitszeit ausgeführt werden; 2. daß von den Bauplätzen vorläufig keine fertigen Gipsarbeiten gefertigt werden, weder für Fassaden, noch für Dekorationen etc.; 3. daß die Arbeitgeber, sowohl Gipsermeister, Stukkateure und Bauplätze gewarnt werden, die Verwilligung der 8 stündigen Arbeitszeit sofort rückgängig zu machen.“ Der Vorstand, B. Zimmer, Deemteiler.“

Über ach, es war zu spät. „Meister“ Nummer konnte nichts mehr retten. Die Stukkateure und Stukkateurmeister hatten schon längst bewilligt, und auch von den Gipsermeistern fiel einer nach dem anderen ab von dem Stützpunkt. Als alle Streikenden zu den geforderten Bedingungen in Arbeit standen, war es auch um den Widerstand der Innung der Gipser und Stukkateure geschehen; auch sie hat im hohen Umfang kapituliert. — Wir würden uns nun gar nicht wundern, wenn Herr Nummer bei seinen Innungsgegnossen beantragte und durchsetzte, die achtstündige Arbeitszeit gleich für das ganze Baugewerbe einzuführen, sonst müßte er den Schmerz demüßigt noch einmal durchkosten; denn die übrige Baugewerkschaft wird doch nicht hinter den Gipser zurückbleiben wollen.

* Der Gipserverband zählte nach seiner Jahresabrechnung am Schluß des Jahres 1905 10333 Mitglieder, was gegen das Jahr 1904 eine Zunahme von 370 bedeutet. Zahlstellen bestanden 182. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre M. 238616,85. Die Hauptkasse erhielt davon M. 144648,50, während sie M. 88177,80 verausgabte. Von der Ausgabe entfallen M. 27125,06 auf die Streikunterstützung, M. 10086,30 auf die Herstellung des Radorgans, M. 8728,70 auf Agitation, und M. 3500 auf Unterhaltungen anderer Gewerkschaften. Der Ueberschuß betrug M. 59470,70, das Vermögen der Hauptkasse M. 179804,60.

Gewerbliche Rechtsplege und Arbeiterversicherung.

* **Minderwertige Arbeiter.** Freitag, den 20. April, fällt das Gewerbegericht Eberfeld ein Urteil, das mit der bisherigen Spruchpraxis dieses Gerichts in diametralen Gegensatz steht. Der Saal liegt folgender Tatsache zu Grunde. Ein Maurer hatte bei einem Eberfelder Unternehmer 72 Stunden gearbeitet. Am Sonntag zahlte der Unternehmer dem Gesellen 40 A statt der üblichen 50 A pro Stunde aus. Der Geselle erhob deshalb Klage auf Zahlung des am Orte üblichen Lohnes von 50 A pro Stunde. Der Vertreter des Klägers machte geltend, daß, wenn, wie im vorliegenden Falle, ein Lohn nicht vereinbart ist, an die Stelle des vereinbarten der am Orte übliche Lohn trete. Der Beklagte erklärte, sein Polter habe den Lohn so festgelegt und könne daher behaupten, daß der Kläger ein minderwertiger Arbeiter sei. Der Vertreter des Klägers wies nochmals auf die Spruchpraxis des Gewerbegerichts hin und legte zum Beweis dafür, daß der Kläger ein gelernter Maurer sei und schon über ein Jahr als Geselle gearbeitet habe, den Schweiß des Gesellen vor. Es müßte aber alles nichts; das Gericht nahm an, daß der Kläger ebenjotig verpöchtigt gewesen sei, was seinem Lohn zu fragen, wie der Unternehmer, ihm denselben mitzuteilen; im übrigen sei dem Polter Glauben zu schenken, daß der Kläger noch kein vollwertiger Maurer sei, und sprach demselben 45 A Lohn zu. Wie viel Jahre ein Maurer lernen muß, um „vollwertig“ zu sein, wurde leider nicht gesagt. Falls diese Praxis für die Zukunft am hiesigen Gewerbegericht beibehalten wird, haben die Lohnbrüder immer gewonnenes Spiel. Man gab den neu anfangenden Maurern 10 A unter dem örtlichen Lohn, läßt sich verlangen und durch den Polter erklären, der Maurer ist minderwertig und das Gewerbegericht „per mittel“ dann die Sache. Ob hierdurch die Achtung des betreffenden Gerichtes gewinnt, möchten wir billig bezweifeln. Wenn das Gewerbegericht zu Eberfeld noch mehr solche Urteile fällt, so braucht man sich nicht zu verwundern, wenn der im Volksmund schon jetzt häufig gebrauchte Ausdruck „Schachereibude“ allgemein wird.

Polizei und Gerichte.

* **Streitfächer.** Vor dem Schöffengericht in Geresheim hatte sich am 10. Mai der Maurer Joseph B. wegen Verleumdung eines Streikbrechers zu verantworten. B. soll während des Streiks über die Allgemeine Baugewerkschaft den arbeitswilligen Bauhilfsarbeiter Koch durch die Worte: „Du scheinst mir auch der richtige Lump zu sein“ und „Geh weg, Du elender Lump, sonst haue ich Dir eine runter“ beleidigt haben. Obgleich bei dem Vorgang noch fünf weitere „Arbeitswillige“ ausgegen waren, hat trotzdem der „Arbeitswillige“ niemand, als Zeugen angegeben. Die Ladung von zwei weiteren Zeugen seitens des Angeklagten hatte das Gericht abgelehnt. Statt dessen hatte es den Polizeikommissar Gauer geladen, der sehr wahrscheinlich über die polizeiliche wie die gewerkschaftliche Tätigkeit des B. ausfragen sollte. Der Angeklagte stellte den Antrag, den Herrn Gauer als Zeugen nicht zuzulassen. Das Gericht gab dem Antrag statt, und der Herr Gauer mußte unbedrückter Sache wieder abgehen. Der Amtsanwalt beantragte für die scheidende Rat die Kleinigkeit von vier Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt den Beweis der tatsächlichen Verleumdung für erbracht und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen und Publikation in der „Geresheimer Zeitung“. Berufung gegen dieses Urteil ist eingelegt.

* **Das Vereinsgesetz** sollten die Kollegen Anton Wab und Hermann Waide in Brappitz in Obereschießen über-

treten haben, weshalb sie von dem dortigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von M 40 bzw. M 50, oder im Nichtbeibringungsfalle zu acht bzw. zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurden. Das Gericht stützt sein Urteil auf folgende Entscheidungsgründe:

Die Angeklagten sind nach ihren eigenen Angaben anlässlich einer Anfang November 1905 bei dem Neubau einer Papierfabrik in Krappitz ausgebrochenen Streikbewegung dorthin gekommen. Sie begaben sich von der außerhalb der Stadt gelegenen Baustelle mit circa 60 Maurern nach der Stadt. Am Anfang der Stadt trennten sie sich und die Streikenden in verschiedene Abteilungen. Nachdem Baude mit circa 20-30 Maurern aus einem Lokale, in dem sie den nötigen Platz und die nötige Ruhe nicht gefunden hatten, weggegangen waren, begaben sie sich in das Kuratschke-Gasthaus, um dort das Streikbureau aufmachen zu können.

Der Angeklagte Baude fragte dort die bei dem Bau beschäftigten Maurer nach den Personal- und Familienverhältnissen und notierte sich diese Angaben, während der mit den anderen Maurern inzwischen nachgekommene Angeklagte Blas mit den einzelnen Maurern die Lage und näheren Verhältnisse des Streiks besprach. Von der genannten Zusammenkunft hatte der Polizeikommissar Gytzel erfahren und begab sich deshalb ins Kuratschke-Gasthaus. Auf seine an Baude gerichtete Frage, weshalb die Versammlung nicht polizeilich angemeldet worden sei, erhielt der Zeuge Gytzel die Antwort: „Ja, da geht Ihr zu den Gastwirten, und die dürfen uns dann keine Räume hergeben; übrigens ist das auch keine Versammlung.“ Daraufhin ist die Versammlung von dem Zeugen Gytzel aufgelöst worden, da eine Anzeige bei der Polizeibehörde nicht erfolgt war.

Dieser Sachverhalt ist durch die Angabe der Angeklagten und das eidesche Zeugnis des Gytzel erwiesen worden.

Den Ausführungen der Angeklagten, daß eine Versammlung nicht vorliege, und ferner öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert worden sind, hat das Gericht nicht beizutreten vermocht. Denn unter Versammlung ist eine gewisse, an Zahl nicht zu geringe, äußerlich irgendwie vereinigte Menschenmenge anzufassen, sobald zu dem äußeren Bande eine auf gemeinsamen, bewußten Zielen und Zwecken beruhende innere Vereinigung hinzutritt. (Dafke, 8. Auflage, Seite 539.) Was Johann das Erörtern öffentlicher Angelegenheiten anlangt, so hat das Gericht diesen Tatbestand in dem Befragen und Notieren der näheren Verhältnisse der bei dem Bau beschäftigten Maurer seitens des Baude und in dem Befragen der Streikangelegenheit durch Blas erblickt. Denn die Aufnahme der Personal- und Vermögensverhältnisse verfolgte nicht irgend welche statistischen Zwecke, sondern war die Vorbedingung für die Organisation und Durchführung des Streiks. Diese Erörterungen waren, da ein Streik nicht allein die persönlichen Verhältnisse der Maurer als eine geschlossene Personengemeinschaft, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen beeinflußt, als öffentliche Angelegenheiten im Sinne der Verordnung anzusehen. (Vergleiche Kammergerichts-Entscheidungen Band XIX Seite 301.) Der in der Kammergerichts-Entscheidung Band 20 C Seite 71 vertretene Ansicht vermochte das Gericht nicht beizutreten. Denn wenn auch ein Streik in erster Linie die Lösung der wirtschaftlichen Lage einer bestimmten Gruppe von Arbeitnehmern bezweckt und in seinen Ursprüngen nur Privatinteressen dient, so hat er doch in seiner Weiterentwicklung als sogenannter Generalstreik nur die Absicht, ein gegenseitiges Verhältnis aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Erreichung zu bringen und eine Aenderung der bestehenden staatlichen Ordnung herbeizuführen. Daß unter Berücksichtigung dieses Endzwecks eines Streiks die Inanspruchnahme eines solchen eine öffentliche Angelegenheit darstellt, hat nicht zu verneinen. Daß den Angeklagten das Bewußtsein, es handle sich vorliegend um eine Versammlung im Sinne des § 1 der Verordnung vom 11. März 1850, innegekommen hat, geht auch aus dem vom Zeugen Gytzel glaubhaft befundenen Zeugnis hervor, daß sie bei polizeilicher Anzeige der Versammlung kein Lokal bekommen haben würden, hervor. Ferner hat das Gericht auch aus dem Umstand, daß die Angeklagten erst von auswärts zugereist waren, um die Streikfrage der hiesigen Maurer zu führen, gefolgert, daß es sich nicht nur um die Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse der hiesigen bestimmten Maurer handelt, sondern um eine generelle, die Allgemeinheit betreffende Angelegenheit.

Verschiedenes.

* **Reliquien.** Ueber den vom Merus geflüchteten griechischen Reliquien glauben finden wir in dem Buche „Wider die Pfaffenherrschaft“, das von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben ist, folgende lehrreiche Stelle: „Als die Gestalten des Kirchenglaubens vollständig zu werden begannen, verlangte das Volk nach sichtbaren Zeichen ihres Erdenlebens. Der heidnische Sinn erwies sich immer wieder härter als der fromme Glaube. Reliquien fanden sich schon bei den heidnischen Vätern, bei den Griechen und Römern, den Zuhörern und Mithrasanbetern. Auch der christliche Merus bedurfte ihrer und sie stellten sich in reicher Fülle ein. Dreihundert Jahre nach Jesus Tode fand Helena, die Mutter Kaiser Konstantins, Grab und Kreuz Christi und die Kreuze der beiden Schächer auf. Das Findergeld der frommen Helena übertrumpfte die Findigkeit der Pfaffen, mit der sie feststellten, welches von den drei Kreuzen das heilige sei. Nach der Sage legten sie einen Schwerkranken auf eins der Kreuze — er wurde fröhlicher; es war das Kreuz des gottlosen Schächers. Sie legten ihn auf das zweite Kreuz — er wurde besser; es war das Kreuz des frommen Schächers. Sie legten ihn auf das dritte Kreuz — er stand frisch und gesund auf. Heil, das Kreuz Christi war gefunden. Immer neue Reliquien gesellten sich hinzu und wurden nicht bloß die reichste, sondern auch die selbstsamte Sammlung der Welt. Nach den Kreuzzügen ergoß sich eine wahre Flut von Heiligtümern über die Welt. Die Kreuzfahrer, in ihren Hoffnungen auf märchenhaften Reichtum gelauscht, suchten durch den Handel mit Heiligtümern auf ihre Kosten zu kommen, und als dies einzelnen glückte, brachte bald jeder Kreuzfahrer seine Reliquie mit. Es wollte auch jede Stadt und jede

Kirche ihre Reliquie haben. Sie gab der Kirche Bedeutung, denn die Reliquie wurde verehrt; ja, unter geschickten Pfaffen händen begann sie Wunder zu tun, machte Rache gehend, Wunde schend, brachte geheime Dinge an den Tag. Von fernher wallfahrten die Gläubigen und der Opferstod füllte sich mit ihren Gaben. Grund genug, eifrig nach neuen Heiligtümern auszusuchen.

Die Leiber und die Gliedmaßen der Heiligen waren schließlich so zahlreich, daß der einzelne Heilige in drei, vier und noch mehr Exemplaren auf der Erde hätte gewandelt haben müssen. Das Holz vom Kreuze Christi häufte sich zu einer solchen Menge, daß man daraus hätte einen Turm bauen können. Die Städte von den Gewändern oder Hemden der Heiligen wuchsen, aneinandergelagert, zu tiefenstülmigen aus. Sollte nicht durch die Fülle des Segens glücklicher Kinder der ganze Reliquien glauben dem Spott verfallen, so mußte dem Handel gesteuert werden. Die Päpste unternahmen dies, indem sie veranlaßten, daß jede neue Reliquie in Rom auf ihre Echtheit geprüft werde. Doch diese Echtheitsprüfung wurde durch das Geldbedürfnis der Päpste bald zu einer neuen Einnahmequelle des päpstlichen Hofes und wurde entsprechend geleitet. Brachten die Reliquienbesitzer die echt römisch klingenden Beweise bei, dann wurde ihr Recht für echt befunden, und so hatte denn auch die Prüfungskommission keinen anderen als einen finanziellen Wert für die päpstliche Kasse.

Der heilige Dionysius existiert als Reliquie in zwei vollständigen Exemplaren zu St. Denis und St. Emmeran. Die Gebeine der heiligen drei Könige aus dem Morgenlande, die vor der heiligmännlichen Krippe anbeteten, sind nicht nur in dem kostbaren Schrein des Domes zu Köln, sondern auch an anderen Orten zu sehen. Wunders des Jesuskindleins werden nicht bloß in Kassen aufbewahrt und ausgestellt.

* **Ein warnende Statistik.** Die Gefängnisgesellschaft zu Eberfeld-Barmen hat bei 100 in ununterbrochener Häftniszeit in das Gefängnis zu Eberfeld eingelieferten Personen festgestellt, inwieweit der Alkohol die Schuld an den ihnen zur Last gelegten Vergehen und Verbrechen gegen das Strafrechtsgesetz trägt. Nach dem vom Gefängnisprediger Just darüber erstatteten Bericht war bei diesen 100 Fällen 50 mal Trunkenheit die unmittelbare und 43 mal die mittelbare Ursache der Straftat. Bei den erstgenannten Fällen handelt es sich meist um Mordtaten, 3. B. Körperverletzungen, Mißhandlungen, Raubverbrechen und Widerstand gegen die Staatsgewalt, bei den übrigen Fällen, die gewöhnlich auf die Nachwirkung eines Rausches am Sonnabend oder Sonntag zurückzuführen waren, um Sittlichkeitsverbrechen, Unterschlagungen, Gelegenheitsdiebstahl und dergleichen.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 34 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Die russische Duma. Von K. K. — Marg. Kritik Ricardo's. Von Gustav Strauß. — Die beiden Tendenzen in Holland und der Parteitag zu Utrecht. Von F. van der Goot. — Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. (Schluß). — Literarische Rundschau: Gustav Strauß-Gedächtnis, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens. Von Ph. Dr. Moritz Ettinger, Die Karzele in Oesterreich. Von Pius Julmann.

Die **Neue Gesellschaft**, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 16. Preis für das Einzelheft 10 A., pro Monat 40 A., pro Vierteljahr M 1.20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist heute das 21. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt geben wir hervor: Stoffen: Finanzpolitischer Unterricht. — Dänenkrieg. — Das Parlament der Revolution. — Das Räufspiel gegen die österreichische Wahlreform. — Wahlen in Ungarn. — Kurt Eisner: Brechen — Pranger. — Ernst Dehnbardi: Die geographische Verbreitung der deutschen Gewerkschaften. — August Müller: Die Verichterstattung der Arbeitersekretariate.

Rembrandt-Album. Um anlässlich der dreihundertsten Wiederkehr von Rembrandts Geburtstage wenigstens einen Teil der Werke des großen holländischen Meisters auch dem arbeitenden Volke zugänglich zu machen, ist von dem Zentralkomitee für die Rembrandtfeier in Amsterdam dieses Album herausgegeben worden, welches künstlerisch ausgeführte Reproduktionen von sechs ausgewählten Werken des Meisters enthält. Den Gewerkschaften, Gewerkschaftsvereinen und sonstigen Arbeitervereinen wird das Album für 1 fl. = M 1.70 geliefert. Dazu kommt Emballage und Fracht. Bedingung ist, daß der Verkaufspreis nicht höher als M 2 sein darf. Die Bestellungen müssen möglichst bis 1. Juni und spätestens bis zum 15. Juni erfolgen. Verlag: J. B. Gerbard, Amsterdam, Gravenlandplein 25.

Der **„Süddeutsche Postillon“**, Verlag von M. Ernst, München, Nr. 11. Die Reichstagsblätter werden im ersetzten Bild, der Bar in zwei Vollbüchern geliefert. In dem einen unterzeichnet der Bar selbst sein Todesurteil, im anderen führt er uns in seine „Ruhmeshalle“, in der seine „Götter“ Trepp und Blüte zur Schau ausgestellt sind. Der „Süddeutsche Postillon“ ist zum Preise von 10 A. in jeder Parteibuchhandlung und bei den Kolportieren erhältlich.

Briefkasten.

— **Erfurt.** Sehen Sie sich mal den § 81 e des Statuts an, dann wissen Sie, warum wir Ihren Bericht nicht aufnehmen können.

— **Croppenebeck.** Ihre Versammlungsanzeige ist uns erst nachträglich zu Gesicht gekommen, weil sie hinter dem Schluß des Berichts auf der anderen Seite des Briefbogens stand.

— **Emden.** Wird gelegentlich mit verwandt.

— **Weschenfe, D. G.** Wir haben keinen Bericht erhalten, Berichte über Sperren usw. werden stets benutzt; auch dieser wäre veröffentlicht worden, wenn wir ihn erhalten hätten.

— **D. in E.** Es kommen da besonders die Werke von Augier, Büche und Gurlitt in Betracht. Die von allen dreien herausgegebenen „Geschichte der Baukunst“ umfasst acht Bände, sie ist jedoch für Fäher Zweck kaum geeignet. Es wäre aber wohl das Werk von Büche, „Kritik der Geschichte der Baukunst“, zu empfehlen. Erwähnen sind alle diese Werke in Stuttgart; Sie werden sie durch jede Buchhandlung beziehen können. Den Preis können wir Ihnen nicht verraten.

— **Libert, G. W.** Es sind damals 40 Exemplare an den Zweigverein gelangt worden.

— **Gräfenhain, C. G.** Als weiterestem Anreiz für Schandentheorie empfehlen sich vielleicht Kiehlische Plakate. Bezugsquelle: Hans Hauenstahl, Berlin NW 21, Dreystraße 4 B.

— **Schleswig, M. F.** Die Anzeigen können wir leider nicht aufnehmen.

—* Anzeigen. *

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 1 A.)

Berlin. Am 18. Mai starb plötzlich unser Mitglied **Friedr. Müller**, 45 Jahre alt, an Herzschwäche.
— Am 15. Mai starb plötzlich unser Mitglied **Emil Friedel** im Alter von 38 Jahren durch Abbruch.
— (Gestorben der Mutter.) Am 18. Mai starb unser Mitglied **Karl Wiesener** im Alter von 67 Jahren an Herzerkrankung.
Cannstadt i. Rbh. Am 12. Mai starb unser Verbandskollege **Heinrich Hoppe** im Alter von 37 Jahren an einer Milzkrankheit.
Frankfurt a. M. Am 18. Mai starb unser treuer Kollege **Johann Pfeil** im Alter von 58 Jahren an Lungenleiden.
Gronau. Am 8. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Christian Hanekopp** im Alter von 19 Jahren an Blinddarmentzündung.
Heide. Dienstag, den 15. Mai, verschied nach langem, schweren Leiden unser treuer Verbandskollege **Joh. Krüger** aus Heide im 29. Lebensjahre an der Prostatenentzündung.
Karlruhe-Böhligen. Am 18. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Eugen Dehm** aus Böhligen im Alter von 35 Jahren an der Prostatenentzündung.
Karlruhe-Böhligen. Am 19. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Joh. Adam Gerstner** im Alter von 21 Jahren an der Prostatenentzündung.
Kranich. Am 11. Mai starb nach langem, schweren Leiden unser treuer Kollege **Robert Jahrend** aus Leich im Alter von 55 Jahren an Lungenentzündung.
Magdeburg. Freitag, den 11. Mai, starb unser Verbandskollege **Friedrich Uhlenthat** im Alter von 53 Jahren an Leberleiden.
Rambach. Am 6. Mai starb unser treuer Verbandskollege **August Becker** im Alter von 26 Jahren an Schwindel.
Zeitz. Am 9. Mai starb unser Kollege **Albert Eggert** im Alter von 41 Jahren an Lungenleiden.
Wiesbaden. Am 17. Mai starb der Kollege **Gustav Fey** aus Kesselbach im Alter von 19 Jahren infolge eines Baunfalls.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringlich gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer

Sonnabend, den 26. Mai.

Artern. Abends 7 Uhr im Hotel „Zur Krone“.

Kahla. Versammlung.

Sonntag, den 27. Mai.

Sehkeuditz. Nachm. 8 1/2 Uhr in Eichmanns Restaurant.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz.

Vellten. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 29. Mai.

Stassfurt. Abends 8 1/2 Uhr in „Wittelschloß“. L. O.: Rohlfart.

Mittwoch, den 30. Mai.

Berlin. (Besitz Reichs-) Versammlung mit Frauen bei Bode, Neue Königstraße 7. L. O.: Vortrag vom Gen. Stimmer.

Donnerstag, den 31. Mai.

Berlin. (Besitz Dronenburg-Vorplatz.) Abends 8 1/2 Uhr in den „Vorstellung“, Adresse: 67. Vortrag über: Kapitalismus und Armut.

Sonnabend, den 2. Juni.

Mittweida. Abends 7 1/2 Uhr in der „Eingekasse“. Rohlfart sind mitzubringen.

Sonntag, den 3. Juni.

Herzberg. Nachm. 1 Uhr bei Ruch.

Leitsch. Nachm. 3 Uhr bei Ruch.

Mommelsdorf. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitzubringen sind: Mitzubringen.

Montag, den 4. Juni (2. Pfingstfeiertag).

Driesen. Nachm. 1 1/2 Uhr. Referent anwesend. Wäher sind mitzubringen.

Zentral-Krankenhause der Maurer usw.

Sonntag, den 3. Juni.

Herzberg. Nachmittags 2 Uhr bei Ruch.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.